

Bezugspreis: Vierteljahr 4.50 RM. monatlich 1.50 RM. frei im Haus, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Wroslaplan, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 10. Januar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Wroslaplan, Nr. 151 90-151 97.

Wilson's Weltfriedensprogramm.

In dem Augenblick, in dem die Verhandlungen von Brest wieder aufgenommen werden, zunächst nur um über den russischen Wunsch nach Verlegung des Verhandlungsorts zu beraten, hat der Präsident der Vereinigten Staaten im Kongress eine Rede für den allgemeinen Frieden gehalten.

Die Wirkung des — trotz mancher Bedenken im einzelnen — schönen und lockenden Weltfriedensprogramms, das Wilson entwickelt hat, wird in Deutschland durch zwei Umstände beeinträchtigt werden. Erstens zittert in einem großen Teil der öffentlichen Meinung noch die Erregung über frühere heftige Reden des Präsidenten nach, und zweitens wird sich sofort das Mißtrauen regen, ob nicht der idealistische Schwung der neuen Rede nur ein diplomatisches Manöver ist.

Und wir? Gerade weil in uns der ewige Gedanke der Menschenverbrüderung wach und reger ist, weil wir den Frieden, von dem Wilson spricht, wirklich wollen, müssen uns hüten, Opfer eines allzu leichtfertigen Vertrauens zu werden. Wir können Wilsons Vorschlag nicht enthusiastisch begrüßen, ohne zu prüfen, was er bedeutet und was mit ihm beabsichtigt ist.

Wilson's Rede genügt noch nicht als Beweis dafür, daß die Entente einen Frieden, wie er in dieser Rede dargestellt ist, abzu schließen bereit ist. Die Entente hat die Frist, die ihr zum Anschluß an die Friedensverhandlungen gegeben war, verstreichen lassen, und die Rede Lloyd Georges enthält Punkte, über die sich wohl verhandeln läßt, von denen aber von vornherein gesagt werden muß, daß die Regierungen des Vierbundes sie nicht so, wie sie sind, annehmen können.

Auch über die Türkei spricht sich Wilson ähnlich aus wie Lloyd George, nur daß er vorsichtigerweise die Möglichkeit offen hält, daß die nach Lloyd George zur Auflösung reifen Gebiete in Formen der Autonomie dem Gesamtverbande des türkischen Reiches erhalten bleiben.

Zwischen den Reden Wilsons und Lloyd Georges besteht somit ein ähnliches Verhältnis wie zwischen den Erklärungen vom 25. und 28. Dezember. Die Rede Wilsons und die Erklärung vom 25. Dezember sind Befehnmisse zu idealen Grundätzen, die allgemeine Billigung verdienen. Aus der Rede Lloyd Georges und in der Erklärung vom 28. Dezember quillt aber etwas heraus, was mit diesen Grundätzen nicht in Einklang zu bringen ist. Die Rede Wilsons und die Erklärung vom 25. Dezember zusammengehalten, ergeben Grundlagen, auf denen sich über den allgemeinen Weltfrieden verhandeln läßt, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der ehrliche Wille besteht, ihnen kein Schnippchen zu schlagen und das ideale Programm der Weltbefreiung nicht durch nationalistisch eigenfichtige Hintergedanken zu verfälschen.

Für den Sozialismus ergibt sich daraus die Aufgabe, die von den Staatsmännern verkündeten Grundätze anzuerkennen, für ihre Durchführung zu arbeiten, diejenigen aber, die diese Grundätze verkünden und mit ihrer Durchführung betraut sind, auf die Ehrlichkeit ihrer Absichten vornehmlich zu prüfen und kein Abweichen von dem vorgezeichneten Wege zu gestatten. Es ergibt sich daraus weiter die entscheidende Frage, ob die Arbeiterklasse aller Länder reif und aktionsfähig genug ist, um aus dem Ernst zu machen, was für andere doch nur ein Spiel mit diplomatischen Worten sein könnte.

Soll die Arbeiterklasse diese Aufgabe erfüllen, so darf sie nicht hinter den Staatsmännern des eigenen Landes blind hinterherlaufen. Der Vorwurf, dies getan zu haben, wird bekanntlich auch gegen die politische Arbeiterklasse Deutschlands erhoben, wie wir glauben mit Unrecht. Wir haben nie zu einem anderen Zweck hinter unseren Staatsmännern Posten genommen als zu dem, sie durch einen Druck in den Rücken auf den Friedensweg zu bringen. Darin wollen wir fortfahren, und wenn die Arbeiter der anderen Länder dasselbe tun wollen, dann wird der allgemeine Weltfrieden in nicht mehr ferner Zeit erreicht werden.

Am 5. Januar abends haben die verbündeten Delegationen in Brest-Litowsk den Russen mitgeteilt, daß die am

25. Dezember beginnende Frist für die Entente abgelaufen sei und durchbliden lassen, daß sich die Verbündeten an die Vorschläge für einen allgemeinen Frieden, die an jenem Tage erstattet wurden, nicht mehr gebunden fühlten. Die Diskussion über einen allgemeinen Frieden war damit aber nur formell geschlossen, sachlich geht sie weiter, kann sie und soll sie an jedem Tage wieder aufgenommen werden. Wir stimmen mit den Russen vollkommen in der Auffassung überein, daß der allgemeine Frieden nicht als Lockmittel mißbraucht werden darf, um einen Teilsfrieden zu verhindern, daß er aber selbstverständlich das erstrebenswerte Ziel bleibt, dem wir mit allen Kräften zusteuern müssen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.

Wenn die Ententeregierungen Beweise für ihre Absicht erbringen, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volk keine Preisgabe dessen, was es vor dem Kriege besaß, und keine Treulosigkeit zumutet, dann wird die deutsche Regierung zur allgemeinen Friedenskonferenz gehen. Das soll kein Jeugnis sein für die guten Absichten der Regierung, aber ein Ausdruck der lebendigen Kräfte, die in unserem Volk rege sind. Also, wenn es ernst ist mit den guten Absichten, dann keinen Tag länger!

Washington, 9. Januar. Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongress gerichtet, die sich mit den Vorarbeiten in Brest-Litowsk beschäftigt. Reuters Bureau teilt den Inhalt der gestern übermittelten Botschaft in folgendem Telegramm mit:

Wieder einmal wie schon wiederholt vorher haben die Sprecher der Mittelmächte den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und eine mögliche Grundlage für einen allgemeinen Frieden zu erörtern. In Brest-Litowsk haben Besprechungen zwischen Vertretern der Mittelmächte stattgefunden, auf welche die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden gelenkt wurde, zu dem Zwecke, festzustellen, ob es möglich sei, diese Besprechungen zu einer allgemeinen Friedenskonferenz auszuweihen. Die Vertreter Russlands haben nicht allein eine festumschriebene Darlegung der Grundätze, auf Grund welcher sie bereit wären, Frieden zu schließen, sondern auch ein ebenso lautes Programm für die tatsächliche Anwendung dieser Grundätze vorgelegt. Die Vertreter der Mittelmächte legten ihrerseits die Grundlinien zu einer Vereinbarung vor, die, wenngleich weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig schien, bis sie das eingehendere Programm mit positiven Bedingungen verknüpfte. Dieses Programm brachte keinerlei Zugeständnisse weder für die Souveränität Russlands noch zugunsten der Völker, um deren Befreiung es sich handelt. Es bedeutete kurz gesagt, daß die Mittelmächte beabsichtigen, jeden Fuß breit Landes, das ihre bewaffneten Massen besetzt hielten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt als dauernde Neuerung ihrer Länder, ihrer Macht zu behalten. Es ist eine berechnete Vermutung, daß die allgemeinen Grundätze einer Vereinbarung, die sie zuerst vorschlugen, von den liberaleren Staatsmännern Deutschlands und Oesterreichs herrührten, jenen Männern, die die Macht ihres eigenen Volkes, dessen Gedanken und Streben zu fühlen begonnen haben, während die konkreten Bedingungen für die tatsächliche Vereinbarung von den militärischen Führern kamen, die keine anderen Gedanken haben als zu behalten, was sie besitzen. Die Verhandlungen wurden abgedrochen. Die Vertreter Russlands waren aufrichtig und konnten ernstlich solche Vorschläge von Eroberungsjucht und Vorherrschaft nicht in Erwägung ziehen.

Der ganze Zwischenfall ist sehr bedeutungsvoll, aber auch sehr verwirrend.

Wir wollen haben es die Vertreter Russlands eigentlich zu tun? In wessen Namen sprechen die Vertreter der Mittelmächte? Sprechen sie für die Mehrheiten der Volksoberleitungen oder für die Minderheitsparteien, für jene militärisch-imperialistische Minderheit, die bisher ihre ganze Politik sowie die Angelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten, die sie gewonnen haben, an dem Kriege teilzunehmen, beherrscht hat? Wem haben wir nun also zu gehorchen? Jenen, die im Geiste und nach den Absichten der Entscheidung des deutschen Reichstags vom 19. Juli vergangenen Jahres sprachen, oder jenen, die den Geist und die Absichten auf Eroberung und Unterwerfung verkörpern, oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die sich noch in offenem, hoffnungslosem Gegensatz zueinander befinden? Das sind

sehr ernste dringende Fragen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt.

Aber was auch das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk sein und welche Schlüsse man auch aus dem Sinn und den Absichten der Vertreter der Mittelmächte ziehen möge, sie haben die Welt mit ihren Kriegszielen bekannt zu machen versucht und ihre Gegner herausgefordert,

zu sagen, was deren Ziele seien und was für eine Aus-einandersehung sie als gerecht und befriedigend ansehen würden. Es besteht daher kein triftiger Grund, warum wir auf diese Herausforderung nicht mit äußerster Offenheit antworten sollten. Es gibt keine Verwirrung der Meinung unter den Gegnern der Mittelmächte, keine Unsicherheit über die Grundätze und keine Unklarheit hinsichtlich der Einzelheiten. Geheimnisse, Unaufrichtigkeit und Mangel an genauer Feststellung der Kriegsziele sind lediglich auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten.

Das russische Volk ist ohnmächtig

und, wie es scheint, vollkommen hilflos gegenüber der unumgänglichen Macht Deutschlands. Seine Kraft ist anscheinend gebrochen, aber seine Seele will sich nicht unterordnen. Es appelliert an uns, damit wir sagen, was wir wünschen, und ich glaube, daß das Volk der Vereinigten Staaten es wünscht, daß ich mit vollkommener Klarheit und Offenheit darauf antworte.

Ob die gegenwärtigen Führer in Russland es glauben wollen oder nicht, es ist unser inniger Wunsch und unsere schnelle Hoffnung, daß ein Weg gefunden werde, der es uns erlaubt, dem russischen Volke zu helfen, seine weitgesteckten Hoffnungen auf Freiheit und dauernden Frieden zu erfüllen. Wir sind in den Krieg eingetreten, weil Verletzungen des Rechtes vorgekommen sind, die uns als empfindlichste getroffen haben und die das Leben unseres Volkes unmöglich gemacht hätten, wenn sie nicht wieder gut gemacht würden und die Welt ein für allemal gegen eine Wiederholung geschützt würde.

Unser Programm

ist das Programm des Weltfriedens und es stellt zugleich das einzig mögliche Programm dar.

Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind, und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der dritte Punkt ist die Freizügigkeit, soweit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß herabgesetzt werden.

Punkt 5. Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strikten Beobachtung der Grundätze fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.

Punkt 6. Wir möchten ferner die Klärung des gesamten russischen Gebietes sowie ein Einvernehmen in allen Fragen, die es betreffen, verlangen zwecks freier Mitwirkung der anderen Nationen der Welt, um Russland eine unbeeinträchtigte und unbehinderte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationalen Politik erringen zu helfen, um es in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatsbedingungen willkommen heißen zu können; darüber hinaus würden wir Russland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.

Punkt 7. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wiederaufgerichtet werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu verfehlen.

Punkt 8. Das ganze französische Territorium mußte befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden, so wie das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder gut gemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder hergestellt werden kann.

Punkt 9. Es möchte eine Verichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren Besitzstande durchgeführt werden.

Punkt 10. Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, möchte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Punkt 11. Rumänien, Serbien und Monte-negro müssen geräumt und die besetzten Gebiete zurückgegeben werden; Serbien muß einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müssen durch freundschaftlichen Verträge gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Zusammengehörigkeit und Rationalität bestimmt sein; auch müssen internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Unverletzlichkeit des Landesgebietes der Balkanstaaten gegeben werden.

Punkt 12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Kaiserreiches mußte unbedingte Selbstständigkeit sichergestellt werden. Aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, wollen eine unabweisliche Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbefristete Gelegenheit zu autonomer Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollten dauernd als freie Durchfahrts unter internationalen Garantien der Handelsfreiheit aller Nationen geöffnet werden.

Punkt 13. Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein mußten, sollte errichtet werden.

Punkt 14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, zum Zweck gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Zugleich dieser wesentlichen Verzichtung von Unrecht und Durchsetzung des Rechtes fühlen wir uns mit allen Regierungen und Völkern, die sich gegen die verbündeten Kaiserreiche vereinigt haben, in enger Gemeinschaft.

Wir werden bis zum Ende für solche Vereinbarungen und Vertragsbedingungen solcher Art zusammenstehen, wir sind willens zu kämpfen und den Kampf fortzusetzen bis diese erreicht sind, aber nur weil wir

die Vorherrschaft des Rechtes

und einen gerechten und dauerhaften Frieden wünschen, wie er lediglich durch Veseitigung der hauptsächlichsten Kriegursachen erzielt werden kann, was durch dieses Programm erreicht wird. Wir haben keine Eifersucht auf die Größe Deutschlands, und dieses Programm enthält nichts, was diese Größe beeinträchtigt. Wir sind nicht neidisch auf die deutschen Erwerbungen oder das deutsche Ansehen, was Wissenschaft oder Kulturbegeisterung anbelangt, die ihm einen so glänzenden und beneidenswerten Namen gebracht haben. Wir wollen Deutschland nicht schaden oder ihm, was seinen rechtmäßigen Einfluß oder seine Machtstellung anbelangt, im Wege stehen. Wir wollen es auch nicht mit den Waffen oder durch feindselige Handlungsbekämpfungen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Nationen der Welt zu Vertragsbedingungen von Recht und Gerechtigkeit sowie Billigkeit zu vereinigen. Wir wünschen nur, daß es einen Platz der Menschlichkeit unter den Völkern der Welt einnehme, anstatt einen solchen der Herrschaft.

Ebenso nehmen wir uns nicht heraus, irgend eine Abänderung seiner staatlichen Einrichtungen zu verlangen. Aber es ist, wie wir offen bekennen müssen, notwendig, und zwar, als Vorbedingung für einen Meinungsaustrausch mit ihm, daß wir wissen, für wen seine Unterhändler sprechen, wenn sie zu uns sprechen, nämlich, ob

für die Reichstagsmehrheit oder die Militärpartei

sich für die Leute, deren Glaubensbekenntnis imperialistische Vorherrschaft ist. Wir haben nun scharf in Ausdruck gesprochen, die zu bestimmt sind, um irgendeinen weiteren Zweifel oder eine weitere Frage zuzulassen. Ein deutlich erkennbarer Grundsatz zieht sich durch das ganze Programm, das ich untrifflig habe. Es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern und Nationalitäten und ihr Recht auf dem gleichen Fuß der Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben, ob sie nun mächtig oder schwach sind. Solange dieser Grundsatz nicht zur Grundlage gemacht wird, kann kein Teil des Gebäudes der internationalen Gerechtigkeit sicherstehen. Das Volk der Vereinigten Staaten kann keinen anderen Grundsatz zulassen und zu seiner Weltveränderung ist es willens, sein Leben, seine Ehre und alles, was es besitzt, einzusetzen. Der ständige Mittelpunkt dieses größten und letzten Krieges für menschliche Freiheit ist erreicht worden, und das amerikanische Volk ist bereit, seine ganze Stärke, sein höchstes Streben, seine Unversehrtheit und Hingebung einzusetzen

Brest-Litowsk.

Vorbereitungen.

Brest-Litowsk, 8. Januar. Heute nachmittag wurde eine Vorbereitung zwischen den Vorhändigen der hier versammelten Abordnungen abgehalten, an der teilnahmen: Staatssekretär v. Kuhlmann, Minister des Äußern Graf Czernin, Justizminister Popow, Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski, Großwesir Talaat Pascha und ukrainischer Staatssekretär für Handel und Industrie Bzewolob Holubowitsch. Nach Erörterung von Form- und Programmfragen wurde für morgen vormittag 11 Uhr eine Vollsitzung anberaumt. Später fanden Besprechungen zwischen Vertretern der Vierbundmächte und den ukrainischen Vertretern statt.

Die Friedensbedingungen der Ukraine.

Dem Ukrainischen Brestbureau wird auf indirektem Wege aus New am 4. Januar gemeldet: Ein Vergleich scheint zustande gekommen zu sein zwischen den Maximilianern und den Ukrainern. Die Ukraine, als unabhängiger Staat, wird an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk teilnehmen, und zwar unter Zustimmung der Regierung Lenins und der Vertreter der Zentralmächte. Letztere haben der Ukraine das Recht zuerkannt, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Das Ukrainische Parlament hat zu Vertretern des ukrainischen Volkes folgende Persönlichkeiten ernannt: Professor Gruschevsky, Bin-nitschenko, den Präsidenten der ukrainischen Regierung sowie den Justizminister Tkatschenko. In der Note der ukrainischen Delegierten werden folgende Bedingungen aufgestellt:

Die Ukraine verlangt, daß ein allgemeiner Friede zwischen allen Kriegführenden geschlossen werde, daß allen Völkern völlige Autonomie zugesprochen und daß ihnen eine selbständige Existenz garantiert werde. Keine Kriegskontribution noch Schadenersatz irgendwelcher Art darf verlangt werden. Alle Weltmächte müssen die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik aner-

Gefechte bei Boesinghe und östlich Bullecourt — Breiter französischer Angriff bei Flirey.

Amlich. Großes Hauptquartier, 9. Januar 1918. (W. Z. 2.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

Unter hartem Feuerhieb stießen englische Erkundungsabteilungen gegen den Südrand des Hautouster Waldes vor, einige Kompagnien griffen an der Bahn Boesinghe-Staden an. In keiner Stelle konnte der Feind unsere Linien erreichen; in unserem Feuer hatte er schwere Verluste.

Weiterwärts von Lens lebhaftes Artilleriegefecht. Oestlich von Bullecourt fanden mehrfach Handgranatenkämpfe um kleinere Grabenshöfen statt.

Seezugsgruppe Herzog Albrecht.

Oestlich von Flirey brachen die Franzosen am Nachmittag nach heftiger Feuerwirkung in 4 Kilometer Breite zu starken Angriffen vor. An einzelnen Stellen drang der Feind in unsere Postenlinie ein; Versuche, über sie hinaus Boden zu gewinnen, scheiterten. Unsere Gegenstöße warfen den Feind im Laufe der Nacht überall wieder in seine Ausgangsstellungen zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische und Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 9. Januar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Nichtamlich. Wien, den 9. Januar 1918. Amlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge ungünstiger Sichtverhältnisse blieb die Gefechtsstätigkeit auf einzelne Feuerüberfälle beschränkt.

Der Chef des Generalstabes.

kennen, die ihre eigene Regierung, ihre eigene Armee und ihre eigene diplomatische Vertretung haben will. Die maximale Regierungsgewalt findet in der Ukraine keine Anerkennung; sie gilt nur für das Nordukrainische Russland.

Der Friede muß durch die Vertreter aller unabhängigen Republiken, die zusammen die russische Konföderation bilden, unterzeichnet werden.

Die parlamentarischen Vertreter des ukrainischen Galizien haben ihrerseits dem Reichsrat eine Erklärung abgegeben, in der sie verlangen, daß die ukrainische Frage in Österreich in der Weise gelöst werde, daß, falls Orgazisten nach dem Friedensschluß keinen integrierenden Teil der Ukraine bilden sollte, dieses zu einer autonomen Provinz erhoben werden müsse.

Die Bedingungen unterscheiden sich von den maximalistischen Grundforderungen also durch Weglassen jeder prinzipiellen Stellungnahme gegen Annektionen. Die Ansprüche auf das ukrainische Gebiet Galiziens verboten eine derartige Erklärung.

Die Bolschewiki und der neue Stockholmer Konferenzversuch.

Stockholm, 8. Januar. (Vig. Drahtbericht des „Vort.“) Vorgbjerg sagte mir, er halte eine Konferenz der Sozialisten jedenfalls für angezeigt. Worowski, der Vertreter der Bolschewiki in Stockholm, sprach sich in einem Gespräch mit einem Interdiewer des „Politiken“ dahin aus, daß die Voraussetzung einer Teilnahme der Bolschewiki an dem jetzigen Wiederbelebungsversuch einer Sozialistenkonferenz eine von den Regierungen unabhängige Arbeit der sozialistischen Parteien für den allgemeinen Frieden gemäß den Prinzipien der russischen Revolution sei.

Die Instruktion für Huysmans Englandreise.

Stockholm, 8. Januar. (Vig. Drahtbericht des „Vort.“) In einer Beratung der skandinavischen und russischen Mitglieder des Konferenzkomitees wurde ein Beschluß gefaßt, der in Form einer Begrüßung der Rottighammer Konferenz eine Instruktion für Huysmans Englandreise enthält. Die Adresse weist darauf hin, daß die Ereignisse die von den Organisatoren der Konferenz im Mai 1918 formulierten Auffassungen bestätigen. Stockholm war ein Kind der russischen Revolution. Es handelt sich um die Erfüllung der Wünsche von Stuttgart, Kopenhagen, Stockholm. Der Zweck der Stockholmer Zusammenkunft war und ist die Wiederherstellung der Internationale, die den Dauerfrieden durch ein allgemeines Einverständnis über den demokratischen Frieden erreichen soll. Stockholm verleiht einen Gedanken des Proletariats und bildet kein Instrument irgendeiner Regierung. In Stockholm rankt sich die Idee durch, daß die russische Revolution, die eine Revolution für die ganze Welt ist, ihr Programm ohne zu große innere Erschütterungen nur verwirklichen konnte, wenn sie innerhalb kurzer Frist einen ehrenhaften Frieden erlangte. Die Stockholmer Konferenz hätte der russischen Arbeiterklasse den notwendigen Zusammenhalt und die Kraft gegeben, und so die Gefahr von Sonderaktionen zum Kampf für den allgemeinen Frieden vermieden. Diese Politik blieb unverändert. Russland wurde einmütig unter Hoffnungen auf Stockholm darauf. So wurde es ins Exrem gedrückt. Aus der Pazifizierung der Entente ergaben sich die Gefahren eines russischen Sonderfriedens und das Erstarken anexionistischer Strömungen in Deutschland und Österreich. Dadurch wurden die Verhältnisse an der Westfront so verschoben, daß vielleicht zwei oder drei Kriegsjahre nötig sind, um einer Partei merklige Fortschritte zu bringen. Aus der Pazifizierung ergeben sich die Opfer von Millionen Menschenleben und von vielen Hundert Milliarden. Die Rettung kann nur das Streben bringen, den im Ausblick stehenden Sonderfrieden in einen allgemeinen Frieden umzu-

wandeln. Das ist dank eurer (der englischen Arbeiter, D. A.) begonnenen Taktik möglich. Ihr formuliert eure Kriegsziele, ihr fordert die Allierten-Sozialisten zum Anschluß auf. Ihr werdet eure Formel als Programm der Internationalen vorschlagen. So werdet ihr zur internationalen Konferenz gelangen, die eine geschichtliche Rolle spielen kann unter der Bedingung, daß sie sich nicht von den Ereignissen überholen läßt.

Henderson Buchanans Nachfolger?

„Allgemeines Handelsblatt“ zufolge schreibt „Daily News“ zu den Gerüchten, daß Buchanan vorläufig nicht in Petersburg erbeten werden solle, es würde diesen Entschluß bedauern. Das Blatt bringt darauf, daß ein Mitglied der Arbeiterpartei als Botschafter oder Regierungskommissar nach Russland gesandt werde, um auf diese Weise zu zeigen, daß England der Revolution günstig gesinnt sei.

Von anderer Seite verlautet, zunächst gerüchtweise, Henderson sei bestimmt, Buchanans Posten einzunehmen.

Auch diese Ernennung ließe sich als ein Zeichen deuten, daß die Entente alle Mittel aufzubieten entschlossen ist, den Sonderfrieden zu verhindern oder wenigstens zu verschleppen, um mit Hilfe der Hoffnung auf einen allgemeinen Frieden eine neue Frist für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen.

Natürlich wäre der Plan, Henderson mit herborragenden Vollmachten nach Petersburg zu entsenden, nicht plötzlich von gestern auf heute entstanden. Hat etwa Clemenceaus Ablehnung der Absicht französischer Sozialisten, nach Petersburg zu reisen, in Verbindung damit gestanden? War die Mission Henderson zugeordnet, weil dieser der Entente politisch als der mehr sichere Mitgänger gilt?

Saparauda, 9. Januar. Der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, ist mit Familie und Gefolge hier eingetroffen und reist nach Stockholm weiter.

Albert Thomas und Elsass-Lothringen.

Für Wiedereroberung ohne Volksabstimmung.

Albert Thomas stürzt sich mit auffallendem Eifer auf die Arbeit, in englischen Blättern über französische Kriegsziele zu schreiben. Nunmehr bringt er die Ansicht seiner Partei zur Elsassfrage in Erinnerung. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge schreibt er im „Daily Telegraph“: Die englischen Sozialisten glauben, daß die französischen Sozialisten für eine Volksabstimmung in Elsass-Lothringen sind. Das ist jedoch nicht die von den französischen Sozialisten vertretene Politik. Der Frankfurter Friede, dem Frankreich sich unterwerfen mußte, ist durch Deutschlands eigenen Willen 1914 in Stücke gerissen worden. Das Recht Frankreichs bleibt unverändert. Darum muß Elsass-Lothringen an Frankreich zurückgegeben werden.

Paris, 8. Januar. (Drahtmeldung.) Kammer und Senat haben heute die Sitzungen wieder aufgenommen. Die Alterspräsidenten hielten dementsprechend Anreden, in welchen sie die Rückgabe Elsass-Lothringens verlangten. Sie führten die Worte Lloyd Georges an, der als Dolmetscher des Gewissens der Menschheit erklärt habe, daß England die französische Demokratie in ihrer Forderung einer Ueberprüfung des großen im Jahre 1871 begangenen Unrechtes bis in den Tod unterstützen werde. Schließlich richteten die Alterspräsidenten an die Kammern die Aufforderung, den Vorkriegszustand zu wahren.

Italien und Lloyd Georges Rede.

Bern, 9. Januar. (W. Z. 2.) Die italienische Presse läßt in Kommentaren zu der Rede Lloyd Georges zwischen den Zeilen erkennen, daß, unter den Kriegszielen Lloyd Georges die italienischen nur bedingt Zustimmung zu finden scheinen. Die Kommentare sind insoweit, trotz äußerlicher Anerkennung deutlich zurückhaltend.

Die portugiesische Marine in Aufruhr.

Die Kriegsschiffe ergeben sich.

Genf, 8. Januar. Nach Havas-Nachrichten aus Lissabon sind am 8. Januar dort neue Marineunruhen ausgebrochen. Das Kriegsschiff Vasco de Gama, das gegenüber von Lissabon ankerte, beschloß die St. George-Bestung, die das Feuer erwiderte und das Schiff zum Schwelgen brachte. Die Besatzung der Vasco de Gama hielte darauf die weiße Flagge und ergab sich. Die Mannschaft wurde an Land gebracht und gefangen gesetzt. Ebenso ergab sich die Mannschaft des Zerstörers Duro, der keinen Kanonenschuß abgegeben hatte. Die seit vorgestern in ihrer Kaserne zurückgehaltenen Marinemannschaften ergaben sich den Streikkräften, die der Regierung treu geblieben waren. Sidonio Paes besuchte am Morgen die Truppen, die in der Nähe von Alcantara liegen. Die Marinekaserne und das Marinearsenal sind militärisch besetzt. Es herrscht angeblich vollständige Ruhe, der Verkehr in der Stadt wird wieder normal. Die Regierung erklärt, alle Intrigen, die die Demokraten angezettelt hätten, um sich der Herrschaft zu bemächtigen, zu kennen. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um eine Zurückhaltung der Lebensmittel, eine Leterung und Mangel an Nahrungsmitteln zu verhindern.

Strafexpedition in Estland.

Die estnische Armee schlägt russische Truppen.

Stockholm, 8. Januar. Das Stockholmer estnische Bureau teilt dem Vertreter des Wolffischen Telegraphenbureau mit: Nachdem die schematische Verbeierung Estlands durch Truppenverbände der regulären russischen Armee trotz zahlreicher Vorstellungen bei den russischen Behörden nicht aufhörte und alle zivilen Maßnahmen der estnischen Behörden und der Bevölkerung sowie ein offizieller Appell des estnischen Landtages an die verbündeten Regierungen von England, Frankreich, Amerika und Belgien erfolglos geblieben waren, sah sich die estnische Armeeleitung zur Entsendung einer Strafexpedition veranlaßt. Daraufhin haben estnische Truppenteile, welche von Reval in Richtung gegen Narva vorgingen, plündernde russische Truppen getroffen, gestellt und geschlagen. Die estnischen Verluste an Toten und Verwundeten sind gering. Die Säuberung Estlands von den russischen Truppen schreitet fort.

Französische Bomben auf Schweizer Gebiet.

Zu unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Allnach im Berner Seeland wurden vor einigen Tagen fünf Brandbomben abgeworfen, die eine Telegraphenleitung zerstörten und mehrere Scheiden zerstümmerten. Nach den aufgefundenen Bombenstückchen handelt es sich um Bomben französischer Ursprungs. Amlich wird nunmehr

Aus dem Liederbuch der Vaterlandspartei.

Deutschland, Deutschland über alles!

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

Wohls noch einer, der die Knochen lahmgelassen dracht nach Haus, eh' ihm Frieden wir gesprochen —

Unser Fleck nachzutun haben wir ihn herbestellt —

Kam'rad, nur nicht aufbegehren, feist du zehmal amputiert —

Paulsen.

II.

Die Trompete von Vionville.

Sie erheben Vernunft- und Friedensgeschrei, Diese Frechheit ist nicht zu ertragen!

Wir sind reklamiert und Iorngesund, Und fochten mit wuchtigen Sieben.

Wir feiern mit Reden die „Wacht am Rhein“, Die „Brüder“, die für uns gefallen —

Wir sind reklamiert und verdienen am Krieg Und hungern nach mehr bunten Noten!

Franz.

Hausbesitzer und Kleinwohnungsnot.

In einer Denkschrift des Breslauer Magistrats über Kleinwohnungsnot...

Den Hausbesitzern schwillt offenbar der Kamm. Eine derartige dreifache Bemerkung...

Zu den von der jetzigen Wohnungsnot betroffenen Schichten gehören in erster Linie die munterdemittelten Kreise...

lassen. — Ich bin alle Tage auf Wohnungssuche...

So wird eine Familie ihres Kinderreichtums wegen, den Wohlstand und Sozialpolitik als ein Segen für das ganze Volk...

Die Notwendigkeit einer Wohnungsreform größten Stilles und Umfanges tritt in immer deutlicherer Weise in die Erscheinung...

Und es muß sofort etwas geschehen. Alle Maßnahmen zur Schaffung von Kleinwohnungen müssen sofort vorbereitet...

Groß-Berlin

Die Witwen und Waisen der Gefallenen können warten!

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt...

Die widerspruchsvolle Haltung der Bürgerlichen wird am besten dadurch charakterisiert, daß man zunächst die vermeintlichen hohen Kosten bemängelte...

Nur nicht böde sein!

Die Freie Vereinigung der Berliner Hausbesitzerneue hielt am Dienstag eine Generalversammlung im Berliner Rathaus ab...

Widwervergung.

Um zu erreichen, daß die auf die Stadt Berlin entfallenden verhältnismäßig geringen Widmungen auch tatsächlich der Berliner Bevölkerung zugeführt werden...

Die Musterstadt Wilmersdorf.

Man schreibt uns: „Entschieden sind die Einwohner von Wilmersdorf die besten Patrioten. Jawohl! Man vergleiche: In Schöneberg, in Groß-Berlin, in Charlottenburg...

und niemand muß sich, alle essen ruhig ihr trodenes Brot. Die, das will man mir nicht glauben? Wir Wilmersdorfer seien lauter reiche Leute...

Nach anderen uns zugegangenen Mitteilungen wurden in der Musterstadt Wilmersdorf im Laufe der letzten beiden Monate auf jeden Einwohner 1 Pfund Normmelade...

Die Einschränkungen im Straßenbahnverkehr.

Beim Reichskommissar für die Kohlenverteilung fand gestern unter dem Vorsitz des Bergrats Zieleski eine Besprechung statt...

Eine neue Straßenbahnlinie Spandau-Bahnhof Jungfernheide.

Die landespolizeiliche Abnahme der neuen Straßenbahnlinie Spandau-Bahnhof Jungfernheide hat nunmehr stattgefunden...

Zur Beschlagnahme gebrauchter Kleidungs- und Wäschegegenstände.

Wie wir bereits berichteten, sind nach einer Bekanntmachung der Reichsbeschlagnahme alle gebrauchten Kleidungs- und Wäschegegenstände...

Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin für Kleiderverwertung, der für die Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Schöneberg...

Un erledigte städtische Aufgaben.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Neujahrsagung auch die im vorigen Jahre und in früheren Jahren eingeleiteten Ausschüsse und gemachten Deputationen besichtigt...

Die beiden Stadtverordneten Genosse Hugo Walderfeldt und Johann Barthelmann wurden am Mittwoch nachmittag im städtischen Krematorium in der Vertäufstraße eingeliefert...

Ein Kursus in der Kriegskrankenkasse wird Ende Januar durch das Zentralkomitee von Kolen Kreuz (Helferinnenabteilung) veranstaltet werden...

Kein Eisport auf dem Teletowanal. Der Teletowanal wird auch in diesem Jahre nicht für den Eisport freigegeben werden...

Städtische Neue Kriegswirtschaftsmaßnahmen. Der städtische Nahrungsmittelausschuss hat in seiner letzten Sitzung eine Reihe wichtiger Beschlüsse zur Kriegsernährung und Kriegswirtschaft gefasst. Es wurde über die in letzter Zeit abgeschlossenen Beschaffungsverträge berichtet. Danach sind von verschiedenen Fabriken insgesamt 800 Stabeneinrichtungen und ungefähr ebensoviel Kücheneinrichtungen für die Stadt in Aussicht genommen. Ferner sind 3250 Stühle im Auftrag gegeben worden. Die Stabeneinrichtungen sind für Wohnungen von 1 Zimmer und Küche bestimmt. Mit der Lieferung wird Ende dieses Monats begonnen werden. Die Lagerung der Möbel soll in Turnhallen erfolgen. Von der Bevölkerung sind bereits zahlreiche Meldungen wegen Abgabe von Wohnungseinrichtungen eingegangen. Eine der Stadt zum Preise von 83.000 Mk. angebotene Hotelausstattung soll angekauft werden.

Bevor wurde beschlossen, die Lieferungsverträge für Herbst und Winter auf eine breitere Grundlage zu stellen. Mit Rücksicht darauf, dass im verflochtenen Jahre die Sicherung der allgemeinen Gemeindefürsorge darunter gelitten hat, dass die Kriegswirtschaftsindustrie neben den Stadtverwaltungen selbständig Lieferungsverträge abgeschlossen und die von den Städten gebotenen Preise oft sehr erheblich überschritten hat, hat der Nahrungsmittelausschuss in Aussicht genommen, die Gemeindefürsorge der Kriegswirtschaftsindustrie gleichfalls auf die Stadtverwaltung zu übertragen und einheitliche Lieferungsverträge sowohl für die allgemeine Bevölkerung, wie für die Arbeitskräfte abzuschließen. Der Magistrat hat in der Folge dieses Beschlusses an alle Fabriken die Anfrage gerichtet, ob sie bereit wären, den Abschluss der Lieferungsverträge der Stadtverwaltung zu übertragen. Die Anfrage enthält den Hinweis, dass der Abschluss selbständiger Verträge durch die Fabriken nach den neuen Bestimmungen der Reichs-Gemeindefürsorge nur mit Zustimmung der Stadt erfolgen darf.

Wilmersdorf, Neuauflage von Volkskassentickets. Bis Sonnabend gelangen die für Winter bis zu 6 Jahren bestimmten Februar-Volkskassentickets zur Ausgabe. An diesen Tagen haben sich die beteiligten Hausbesitzerbesitzer besonders Angehörige der Gemeinde zwischen 9 und 2 Uhr in der für sie zuständigen Volkswirtschaft einfinden und gegen Vorlegung geeigneter Urkunden (nicht polizeiliche Anmeldekarte der Kinder) die ihnen zustehenden Karten in Empfang zu nehmen. Die Ausgabe der Februar-Volkskassentickets für vorhandene und fehlende Mütter erfolgt an denselben Tagen der dafür vorgesehenen Buchstabenfolge gemäß im städtischen Lebensmittelamt, Wilhelmstraße 114/115, I. Eingang, Erdgeschoss, Zimmer 25. Die Ausgabe der auf Grund ärztlichen Beschlusses bewilligten Volkskassentickets an Kranke und Genesende erfolgt durch die Abteilung für Krankenversorgung, Wilhelmstraße 114/115, ebenfalls bis Sonnabend.

Spandau, Einrichtung einer städtischen Druckerei. Nach dem Vorbilde anderer Städte will nun auch Spandau sich eine eigene Druckerei einrichten. Der dortige Magistrat sucht jetzt durch Anzeige im „Zeitungsblatt“ eine gut ausgestattete Druckerei zu kaufen.

Steglitz, Stellungnahme zur Berliner Vorortgemeinschaft. In einer vom kommunalpolitischen Verein einberufenen öffentlichen Versammlung wurde der Beitritt der Gemeinde zu der Berliner Vorortgemeinschaft im Kreise Lestow beschlossen und die Ortsgemeinschaft Steglitz begründet. Die Versammlung nahm nach eingehender Erörterung eine Entschließung an, in der es heißt: „Die Steglitzer Bürgerchaft hält die künftige Schaffung einer der wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlins entsprechenden Gemeindeverwaltung unter Wahrung der Selbstständigkeit der Einzelgemeinden für dringend erforderlich. Dabei ist die Erlangung der Stadtrechte für die Landgemeinde Steglitz und deren Ausdehnung auf dem Verbands des Kreises Lestow mit allem Nachdruck anzustreben. Nur durch friedliche, verhandelmäßige und tatkräftige Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen kann ein erproblicher Erfolg erwartet werden. Deshalb ist besonderer Wert darauf zu legen, daß die Berliner Vorortgemeinschaft sich mit anderen Gemeinden und kommunalpolitischen Vereinigungen Groß-Berlins, namentlich auch mit dem Bürgerausschuss Groß-Berlin, zu gegenseitiger

Förderung der gemeinsamen Aufgaben in fester enger Fühlung hält.“

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 135 der Lebensmittelkarte werden 150 Gramm Leinwand verteilt, und zwar je 75 Gramm Auszug und 75 Gramm Wasserware. Die Ablieferung des Leinwands A des Abschnittes muß bis zum Montag bei einem Kleinhändler erfolgen. Der Verkauf findet vom 18. d. Mts. ab statt. Der Verkaufspreis für 1 Pfund Wasserware beträgt 62 Pf. und für 1 Pfund Auszugware 66 Pf.

Triebkraft, Aus der Gemeindefürsorge. Kinder und demittelte Eltern erhalten unentgeltlich täglich 1 Portion warmes Mittagessen in den Gemeindefürsorgeeinrichtungen, in Friedrichstraße, Berliner Straße, und im Ostteil Reichshof in der Treibkraft, in der Zeit von 12-2 Uhr. Beschickungen werden hierfür von den zuständigen Vorküchenberechnungen ausgeführt und wird die Verabfolgung nicht als Armenunterstützung berechnet, sondern aus dem Wohlfahrtsfonds bestritten.

Auskunft in allen kommunalen Angelegenheiten erteilt der Genosse Gemeindevorstand Emil Dehler, Prinzen-Allee 12, nachmittags von 2-3 Uhr.

Von heute an, erhält jeder Einwohner in dem Geschäft, in welchem er in die neue Bundesliste eingetragen ist, auf Abschnitt 47 der Lebensmittelkarte ein halbes Pfund Narmelade für 45 Pf. Ferner in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften auf Abschnitt 48 am 20. d. Mts. 100 Gramm Lese Suppenmischung oder 2 Würfel Suppenmischung.

Von vormittag 9 Uhr ab gelangen heute wieder Mohrrüben zur Verteilung. In jedem Einwohner werden auf Abschnitt 51 je 2 1/2 Pfund zum Preise von 18 Pf. das Pfund abgegeben.

Gerichtszeitung.

Urteil im Weigenseer Baubrosch. Der seit dem 17. September verhandelte Prozeß ist gestern beendet worden. Es wurden verurteilt: Der Angeklagte Kaufmann Walter Kiesel wegen Betruges gegen das Genossenschaftsmitglied ist sechs Wochen und wegen Betruges in einem Falle zu vier Monaten Gefängnis und 8000 M. Geldstrafe; der Angeklagte Bahnenrevisor Fried wegen Betruges gegen das Genossenschaftsmitglied zu 500 Mark Geldstrafe; der Angeklagte Bauunternehmer Edmund Ulrich wegen Betruges zu 1000 Mark Geldstrafe; der Angeklagte Kaufmann Hermann Henkel zu 1030 Mark Geldstrafe; die Angeklagten Telegraphenbetriebsrat Karl Neuwies und Gemeindevorstand Max Reiböse zu je 30 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten: Rechtsanwalt Josef Appelt, Fabrikant Max Steinko und Tischlermeister Karl Galsch werden freigesprochen. — In der Begründung des Urteils für die der Vorstehende u. a. aus: Die Vorgänge, die dem Gericht zur Beurteilung unterbreitet worden sind, lassen zeitlich so weit zurück, daß eine vollständige Aufklärung des Sachverhalts schwierig und in vielen Fällen gar nicht möglich war. Ein vollständiges Bild über die Ursachen des Zusammenbruchs und die Schuld der einzelnen Angeklagten hat durch die Verhandlung nicht geschaffen werden können.

Aus aller Welt.

80 000 Mark Schweigegeßel für einen Polizeibeamten. Im Domhotel zu Köln war ein Schieber aus Berlin abgestiegen, der großen Mengen aller möglichen Waren in großen Mengen anbot: Speck, Erbsen, Fleisch, Wurst, Käse, Getreide, Kaffee, Pfeffer und andere Stoffe. Als er gefaßt wurde, bot er dem Polizeibeamten 80 000 M. Schweigegeßel. Der Beamte nahm ihn fest. Das Kölner Schwurgericht verurteilte den Schieber zu drei Monaten, zwei Wochen Gefängnis und 1000 M. Strafe. — Ein anderer Schieber wurde wegen unlauteren Futtergeschäfts zu 80 000 M. Strafe verurteilt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Freitag mittags. Dinstags fortwährende Trübung mit weit verbreiteten, im Südosten meist geringen, in den anderen Gegenden stärkeren Schneefällen; mäßiger Frost.

Briefkasten der Redaktion.

1217. Die Vollrente wird natürlich nicht weitergezahlt. Sie haben diese nur für die Zeit Ihrer völligen Erwerbsunfähigkeit erhalten. Nachdem das Heiljahr abgelaufen ist, erhalten Sie eine Teilrente. Es diese Ihrer Berechtigung entspricht, können wir nach Ihren Angaben nicht beurteilen. Sie müßten mit dem Befehl der Berufsunfähigkeit in unsere Sprechstunde kommen. — **M. S. 8.** Ein Anrufbuch steht nicht. Bei manchen Truppenstellen wird eine solche Anlage gewährt. — **G. S. 23.** 1. Rein. 2. Ja. — **G. M. 48.** Tempelhof. 1. Das Kammergericht hat seinen Sitz in Berlin und wäre nur in dem Fall anzurufen, wenn es sich um eine Revision handelt. Wenn Ihr Anwalt der Meinung ist, daß Gründe zur Revision nicht vorliegen, so kann das Kammergericht natürlich nicht angerufen werden; das Urteil ist dann endgültig und Sie müssen sich zufrieden geben. 2. Die Anklage zur Geltendmachung des Antrags ist noch nicht verfallen, nur wird es sehr schwer der Nachweis erbringen lassen, ob der Wert ein Verbrechen trifft. — **99.** Leipziger Straße. Rein. — **C. S. 79.** Ja. — **N. S. 18.** Wäre es denn nicht für Sie und auch für uns einfacher gewesen, wenn Ihre Frau persönlich in unsere Sprechstunde gekommen wäre, als daß Sie vom Felde aus bei und anfragen müßten, wie Sie Ihre Frau zu verhalten hat? Dadurch ist jodel Zeit verlorengegangen, daß die Kündigung zu Recht bestehen wird. Ihre Frau müßte aber noch versuchen, die Entscheidung des Mietungensamts anzurufen. — **M. S. 73.** Ein Urlaubsgeld müßte von Ihrem Mann selbst eingereicht werden; es besteht Aussicht auf Erfolg. — **Geirat.** 1. Rein. 2. Als Ehegatte hat Sie auch darauf seinen Anspruch. 3. Ja. — **Diakonie.** Ja; wenn Sie ein steuerpflichtiges Einkommen hat. Steuerfrei von 900 M. jährlichen Einkommen, Gemeindefürsorge schon bei niedrigerem Einkommen. — **Seite 1218.** 1. In das Generalkonmando, dem der Truppenteil zugehört. 2. Ja, das in ein freistufiges Kommando, zumal der Vater 4 Jahre ist. — **Ostertopf.** 1. Eine solche Verfügung besteht nicht. 2. Unter 6 Grad Celsius müssen Sie sich an den Feuertopf, nicht an den Hauptmann wenden. Das werden Sie aber dort von jedem Vorgesetzten erfahren können. — **Georg 33.** Die Überzeugung in ein Heimatdienst kann in dem Falle nicht erfolgen. 3. Erholungsurlaub von mindestens 14 Tagen wird er nachdem erhalten. — **St. 1.** Rein.

Gewinnansatz der 11. Preussisch-Jüdischen (37. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 1. Klasse 2. Ziehungstag 9. Januar 1918

Auf jede gewogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

| | |
|--|--|
| (Ohne Gewähr u. d. l. f. s.) | (Nachdruck verboten) |
| In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 50 Ml. gezogen: | |
| 2 Gewinne zu 10 000 Ml. | 119635 |
| 2 Gewinne zu 5000 Ml. | 46824 |
| 2 Gewinne zu 3000 Ml. | 56362 |
| 6 Gewinne zu 500 Ml. | 27373 85693 188598 |
| 6 Gewinne zu 400 Ml. | 65197 81875 141823 |
| 6 Gewinne zu 300 Ml. | 19007 81444 157033 |
| 30 Gewinne zu 200 Ml. | 876 16895 27790 30859 55484 |
| 95761 99437 99041 100019 122460 145812 169033 184310 184440 195282 | |
| 68 Gewinne zu 100 Ml. | 1291 17721 18082 27194 33798 35221 49507 51197 58556 59916 61084 70095 71610 73072 74536 76392 91081 102689 124656 127213 131829 150837 182982 184128 186307 189055 189397 1895023 210599 |
| In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 50 Ml. gezogen: | |
| 2 Gewinne zu 50 000 Ml. | 92280 |
| 2 Gewinne zu 30 000 Ml. | 123789 |
| 16 Gewinne zu 300 Ml. | 28798 33517 46199 63739 70252 76563 186588 190143 |
| 20 Gewinne zu 200 Ml. | 10434 34922 69012 113590 139648 182782 186321 186388 181427 173260 |
| 82 Gewinne zu 100 Ml. | 4080 11887 18064 18752 22647 27876 31741 44709 52802 61853 63732 64262 68037 68211 71073 72457 75872 76964 79205 91359 95161 110939 112533 118586 119755 130195 136336 136759 138661 139265 180780 145090 150246 151901 152081 156639 173062 183490 184004 187891 207376 |

Die Ziehung der 2. Klasse der 11. 237. Preuss.-Jüdisch. Klassen-Lotterie findet am 13. und 14. Februar 1918 statt.

Wintergarten
Anita Berber
Trude Hesterberg
Kurt Fuss
Jan Paul
sowie der
vollständig neue
Januar-Spielplan

Theater für Donnerstag, 10. Januar.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Das goldene Kreuz.
Die glückliche Insel.
Friedrich-Wilhelm-Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Goldzauber.
Königliche Oper
7 1/2 u. 9 Uhr: Schwarzwalddädel.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Zum 100. Male.
Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassent. N. 281
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Lilli Grün.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Pauline.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Die selbige Exzellenz.
Theater-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorfsplatz
8 1/2 Uhr: Hans Hucklebein.
7 Uhr:
Theater des Westens
4 Uhr: Hänsel und Gretel.
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog
mit Guido Thielscher

URANIA
8 Uhr:
Joh. Heinrich Maykemper:
Aus meinen Erlebnissen
als Kampfflieger.
Busch
Tägl. 7 1/2, 8 1/2, u. 9 1/2, U.
Citt Curran,
2 Montalidos,
3 Veras,
Karl Reinsch,
Runkel-Rappos usw.
Zum Schluss:
Mondfahrt,
besonders hervorzuheben:
Aufstieg im Flugzeug
u. Sensations-Absturz.
Stg. 3 1/2, ungekürzt: Mondfahrt!
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Heiratstandbat.
Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2,
W. Hartstein
in seiner Pause:
„Er oder Er“
und das übrige, vollständig
neue Januar-Programm.
Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Pieler u. Sperling.
Kassent. 6 1/2, Anfang 7 1/2, U.

ZIRKUS
Krone auf der Bühne
Victoria-Theater
(früher Sanssouci)
gut geheizt, Rauch gest.
Kottbuser Str. 6.
Hochhabitation Kottb. Tor.
Tel. Moritzplatz 14814.
Tägl. 7 1/2, Uhr.
Mittw. Sonnabend, Sonntag
2 1/2, und 7 1/2, Uhr.
7 Elefanten
7 Tiger, Löwen,
u. der gr. Sportspielplan.
Verwerk. Zirkus u. Verh.
Trianon-Theater
Georgenstr., Ost. Friedrichstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
4, 8 Uhr Der 1/2, 8 Uhr
Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Fulda.
Ira Wüst, Erich Kaiser-Titz,
v. Möllendorff, Mart. Kettner.
Stg. 3 1/2, kl. Pr.: Nodda Gabler.
Walhalla-Theater.
7 1/2, Uhr: Am goldenen Horn.
Apollo
Friedrichstr. 218. 7 1/2,
12 Attraktionen
Außer d. Stimmungsb.
Seemannsleben.
Theaterkasse ab 10 U.
ununterb. geöffnet.

Deutsche Papier-Fabrik
Fahrradbereifung
Vollwertiger Ersatz für Gummi. Hält allen Witterungs- und Straßenverhältnissen Stand. Bei großen Betrieben bereits eingeführt. Preis für eine Fahrrad-Garnitur komplett inkl. Einziehen M. 80.— ab Fabrik netto Kasse gegen Nachnahme oder vorherige Zahlung. Probefreifen zur Besichtigung am Lager. Vertreter überall gesucht. 1971L* Räder erbitten 10 s. e. ohne Rahmen.
DEUTSCHE PAPIER-RADBEREIFUNGS-FABRIK
Generalvertrieb: LUXELLY, Chemische Produkte
Berlin-Schöneberg I, Grunwald-Straße 50 ptr.

Eröffnung
des
Residenz-Casinos
Blumenstr. 10, neben dem Residenz-Theater,
Sonnabend, den 5. Januar, abds. 8 Uhr.
Direktion H. Bantz. — Artistische Leitung Mayowsky.
Erstklassiges Kabarett mit vorzüglichen Kräften. — Jeden Sonntag Vorstellungen 4 und 8 Uhr. Kasseneröffnung täglich 11-1 Uhr u. 6 Uhr abends. Ab 18. Januar Operetten-Gastspiel. — Für Speisen u. Getränke wird bestes gesorgt. 1870L*
Preis der Plätze: Terrasse M. 250, I. Parkett M. 150, II. Parkett M. 1.—, Entree 75 Pf.

Dauerwäsche!
Mit DUALIN, Dauerwäsche-Präparat, D. R. Pa., gos. gesch., macht jeder seine Krage, Stulpen, Oberhemden
!!! abwaschbar !!!
Packung ausreichend für zirka 20 Krage oder entsprechende Anzahl Wäschestücke Mk. 2.50.
Generalvertrieb: LUXELLY, Chemische Produkte, Berlin-Schöneberg I, Grunwaldstraße 50, part. 1242L*
Vertreter überall gesucht.

Zirkus A. Schumann.
Bahnhof Friedrichstraße
Anfang 7 1/2, Uhr.
Letzte Saison in Berlin.
Das einzig dastehende
Januarprogramm.
Tiger 10
u. d. Uhr. Spezialitäten.
Mexiko.
Orig.-Ausstatt. - Pantomime
Sonnt. 3 1/2, u. ab 7 1/2, U.
Nhdn. Kinder halbe Preise
1. Bd. Vron. Mozika, 10 Tiger

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 165.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Milda Breiten
Ingo Brand
u. das hervorragende
Januar-Programm.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2, und Sonntag
nachmittag 3 Uhr
Stettiner Säng.
„Mein Weh-
nachtraum“.
Nachmittags
ermäßigte
Preise!

Casino-Theater
Lothringer Str. 57. Tägl. 7 1/2, u. 8 U.
Der neue aktuelle
Santifer-Stage.
Berliner Gasse in 3 Akten.
Vorher das neue Januar-Programm.
Elliot, Barrow, Pritz, 2. Eros.
Sonnt. 4 U.: Die Friedenstaube.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 92. Zimmerstraße 106/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters,
Leiter: Komponist Franz von Eon.
Anfang 7 1/2, Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2, Uhr
Morgen: **Gr. Fest-Konzert**
aus Anlaß des 75-jährigen Geburtstages des Königl.
Musikdirektors **Wilhelm Handwerg.**

Admiralspalast
7 1/2, Uhr:
Deutsche Tänze
von Schubert.
Abakadabra.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Erlisch-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Situationskur. Schnelle, sichere
sokmerzt. Heilung ohne Verwundung,
Folgebildung. 252/12*
Sprechstunde: 11-1 u. 6-8.
Woxoposttage und Arbeiter-
Kasse von Heinrich Ginnow u. a.
Dort ist im Vorbergründ
der polizeiliche Erweiterungen
haben. Preis gebunden 5,-
brosch. 4,- 92. Bornbr.
Sommers-Stubendruck, Lin-
denstraße 2, Seiten.

H. & P. Uder, Engelauer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten
Bis auf weiteres:
Geschäftszeit 8-11 und 3-6 Uhr.
Fornspreeker: Amt Moritzplatz 3014.

Alles aus Papier.

Die Dame in Samt und Seide hat eine Gefährtin gefunden, das ist die Dame in Papier. Alles an ihrem Anzug besteht aus Papier. Der salzreiche Kleiderrock, die Bluse in Stützschmitt mit bauschbunten Stickereien...

Damit ist vollendet, was unsere Papierfabrikanten, Rohstoff-erzeuger und Konfektionshäuser allmählich und bedächtig während der beiden letzten Jahre vorbereitet haben. Die Woll- und Baumwoll- sowie Leinwandstoffe sind erzeugt worden durch ein Papierstoff-gewebe, das dem echten Tuch oder Leinen sehr ähnlich sieht.

Mit der Herstellung dieses Papierstoffgewebes befaßten sich viele Fabriken. Die Herstellung ist in Deutschland seit über 60 Jahren bereits bekannt, übernommen wurde sie freilich von den Engländern, die seit Alters die niedrigsten Gewänder, Vorhänge und Teppiche aus einem Papierstoffgewebe verfertigen.

Die „Umschau“ berichtet über ein in der „Papierzeitung“ beschriebenes Patent, nach dem ein Papier herstellbar sein soll, das bei mancher Weichheit mit dem Pergamentpapier in recht weitent-lichen Eigenschaften von diesem abweicht. Zur Erzeugung dieses neuen wasserfesten und gasdichten Papiers wird un-gelimes Papier, etwa Filterpapier, durch kalte Schwefelsäure von bestimmter Stärke gezo-gen und dann die überschüssige Säure be-seitigt.

Die Glasflaschen, die man allgemein zur Verförderung von Milch benutzt, haben nach neuen, in Amerika unternommenen Ver-suchen angeblich den Fehler, ziemlich leicht schädliche Keime zurück-zulassen. Darum kam man auf den Gedanken, Milch-flaschen aus Papier herzustellen, die nach einmaligem Gebrauch fortgeworfen werden können, was allerdings nur bei Verwendung eines in großen Mengen vorhandenen und sehr billigen Materials praktisch durchführbar ist.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig. Aber All von Voigt hatte auf ihrem Willen bestanden. Die Mutter hatte die Zukunft dieses schönen verwöhnten Kindes nie anders gesehen als im Hause eines reichen Mannes; der Vater sah sie an der Seite eines jungen Kameraden, dessen Leben er vom Kadettenkorps an verfolgen konnte — die Gedanken der Tochter aber flogen Tag und Nacht über die Grenze hin, zu ihm, der sie mit seinen dunklen Augen, die ihr ein Abgrund von Tiefe schienen, gefangen hatte.

Flaschen werden in großen Mengen als Fabrikware hergestellt, und zwar mit einer zu diesem Zweck besonders konstruierten Maschine, die inner-halb einer Stunde 6000 derartige Flaschen zu liefern vermag, und zur Bedienung bloß drei Arbeiter benötigt. Das Grundmaterial ist ein Holzbrei, und eine Tonne bedient genügt für 600 000 Flaschen.

Harte Zeiten.

Ich gehöre entschieden zu denen, die das Glück begünstigt. Neulich erhielt ich durch einen Bekannten, der Mitglied eines Kaninchenzüchtersvereins ist, ein Kaninchen. In dieser Zeit der Fleischknappheit ein willkommener Sonntagsbraten.

Ein älterer Mann in abgetragener Kleidung schlich die Straße entlang. Er sah das Papier liegen, schaute danach, bückte sich hastig und hob es auf. Mit wilder Gier fiel er über die Knochen her und verzehrte sie, soweit er sie beikommen konnte.

Was mag diesen Menschen wohl getrieben haben, die Knochen, die für den Hund bestimmt waren, von der Straße aufzuheben und zu essen? Wer will behaupten, daß es Hunger gewesen ist, wo doch in unserer großen Zeit jeglichem Einwohner die zur In-gang-nahme seiner Lebensmaschine nötige Nahrungsmittelmenge genau zugemessen wird!

Neulich fuhr ich im Vorortzuge der Stettiner Bahn nach Berlin. Aus alter Anhänglichkeit benutzte ich den Wagen vierter Klasse, für Reisende mit Traglasten bestimmt. Es war so gegen Abend, der Wagen war besetzt. Weißente, die von der Arbeit heim fuhren oder die die letzten Früchte von ihrem Ackerland nach Haus holten.

Ob die Schneeschippe in diesem Winter häufig aus der See hervorgeholt werden muß? Anlässlich des berühmten Berliner Schneeschipperlooses geschäht es eine gewisse Veruhigung, zu hören, daß anhaltende Schneefälle hier selten sind, denn es hat sich in 60 Jahren in Berlin nur neunmal ereignet, daß es an sieben oder mehr aufeinanderfolgenden Tagen schneite. Die längsten Perioden von Schneefall gehören der Neuzeit an. Im Jahre 1888 schneite es jeden Tag vom 26. Januar bis 12. Februar, im folgenden Jahre vom 2. bis 15. Februar. Die größten seit 1887 in Berlin gemessenen Schneehöhen sind 40 Zentimeter am 1. Februar 1907.

Schneefall.

Neulich hat den „Eingebildeten Kranken“ geschrieben: die Verhältnisse in Frankreich haben nun das Gegenstück, nämlich den eingebildeten Arzt entstehen lassen. Die Geschichte ist, wie „Le Devoir“ kurz erzählt, die folgende: „Es gab einen Apotheker-lehrling, der einge-zogen war, sich aber sehr langweilte, einfacher Soldat zu sein. Um wieder Zivilist zu werden, hätte er den Un-terschiedsgrad erlangen müssen. Um Offizier zu werden, hätte er Feldzeichen errichten müssen. Geldes war ihm un-möglich, sei es durch die Verhältnisse oder durch persönliche Veranlagung. Da nahm der Apothekerlehrling einen Oriebsbogen, der auf dem Kopf den Aufdruck „Militärisches Gesundheitsamt“ trug, und schrieb darauf seine eigene Ernennung zum Assistenzarzt erster Klasse. Dann sandte er sich selbst nach Rizza, wo er die Kranken zu behandeln begann. Niemand kam dahinter, daß dieser Arzt in Wirklichkeit gar kein Arzt war. Weder seine Patienten, noch seine Kollegen merkten etwas. Man anerkannte sogar seine Tüchtigkeit, er wurde nach und nach zum selbständigen Arzt, zum Oberarzt und schließlich zum Leiter dreier Lazarette, in Rizza ernannt. Kurz bevor er das Kreuz der Ehrenlegion erhalten sollte, verschwand er spurlos, nachdem er sich selbst einen Verletzungsbefehl ausgeschrieben hat. Augen-scheinlich hatte der Spah aufgehört, ihn zu unterstützen. Sonst wäre er sicherlich eines Tages noch zum Unterstaatssekretär im Gesundheits-ministerium ernannt worden. Die Leute, die nur Latzchen begreifen und nicht verstehen, was hinter und zwischen den Zeiten verborgen ist, die Leute, die in jedem Ereignis einen Skandal und einen Reimfall erblicken, schwärmen sehr fürchterlich, nennen den Apothekerlehrling einen elenden Gauner und erklären, daß die Medizin und die Behörden sich als Betrug erweisen hätten. Diese Stellungnahme erscheint uns völlig falsch. In Wirklichkeit hat ein Mensch von außerordentlichen Geistes-kräften es verstanden, sich über die Masse und über den bureau-kratischen Weg hinwegzusetzen. Es handelt sich um keinen Betrüger, sondern um ein Genie, das blühartig die Geheimnisse der Medizin und der Bureaucratie begriffen hat. Eine geniale Persönlichkeit hat sich gezeigt und ist verschwunden wie ein Meteor. Wir haben schon einmal eine solche Nummer in Frankreich gehabt. Ein Mann, der nichts war, hat sich zum Oberbefehlshaber, zum ersten Konsul und zum Kaiser ernannt und ist dann verschwunden. Allerdings hat er seine Verletzung nicht selbst angeordnet.“

Der eingebildete Arzt.

Notizen. — Max Jungnickel liest am 10. Jan., abends 8 Uhr, im Lesungsmuseum eine neue Dichtung „Die Mutter“ vor. — Vorträge. Im Konfessionsbund spricht Freitag, 8/1, Uhr, Laurentius 7 I. Albert Friedenthal über „Die Kunst in ihren Beziehungen zum Monismus“. — Prof. Max Weber aus Heidelberg spricht Sonnabend im Abgeordnetenhaus über „Das abendländische Bürgertum“. — Leo Trojgis Bild (auf Postkarte) wird von der Wiener Volksbuchhandlung herausgegeben. (Preis 24 Heller.)

Notizen.

Und nun, da sie hier war, hatte sie doch nicht das große Gefühl, das sie erwartet hatte. Nicht die Veruhigung; zu Hause. Warum hielt der Vater sich so zurück? Warum sprach er nicht ganz unumwunden? Er hatte doch früher niemals mit seiner Meinung zurückgehalten. Die Zeitungen, die er sonst immer liegen ließ, nahm er jetzt an sich; sie ver-gahe, daß sie selbst gewünscht hatte: kein Wort gegen Italien. Und warum fragte die Mutter nicht nach Enrico? Die mußte doch wissen, daß sie heute einen Brief bekommen hatte. Einen ausführlichen Brief.

neue Division zusammengestellt war. Ein Glück, daß er so wenig zu Hause war! Für die Mutter war das Zusammen-leben mit der Tochter auch nicht leicht — All war gereizt — sie wußte oft nicht, sollte sie fragen: „was schreibt dein Mann?“ oder sollte sie nicht fragen.

Die junge Frau hatte auf der Reise nach Deutschland über die Schwere des italienischen Gefandtra in Venedig auf-gesucht. Ihre schönen, verängstigten Augen hatten rührender zu ihm gesprochen als ihre Lippen; er vermittelte ihr den Brief-wechsel mit dem Leutnant Rossi.

Ah, wie sie sich nach ihm sehnte! Sie waren unendlich glücklich gewesen. Nun schrieb er, ganz entflammt, von der Front: Sieg, Sieg! Er schrieb immer von Erfolgen: Italien würde sich binnen kurzem jene alten Gebiete zurückerobern haben, die unerlöst unter Oesterreichs Herrschaft schmachteten. Er war vollständig von Italiens gerechter Sache überzeugt, er brauchte große Worte. Die junge Frau sah ihn im Geiste vor sich mit dem geröteten Gesicht, die Augen aufgeregte, in einer Begeisterung, die sie nicht teilen konnte, teilen durfte. Oder doch, hätte sie die nicht teilen müssen? War sie jetzt nicht auch Italienerin? Ah, die vier Jahre höchsten Glücks in schönsten Lande der Erde hatten doch nicht das Land aus ihrer Seele verdrängen können, in dem sie geboren war. Sie hatte das vordem nie gewußt. Aber als ihr Mann zu ihr ins Zimmer gestürmt war, leidenschaftlich erregt durch den schmerzlichen Gedanken der Trennung von ihr, und doch jubelnder Genugtuung voll: „Krieg, Krieg, wir gehen gegen Oesterreich!“ — da wußte sie: Oesterreich und Deutschland stehen jetzt zusammen. Und sie fühlte plötzlich, daß sie doch nicht Italienerin geworden war.

Es schnürte ihr die Kehle zu und presste ihr das Herz zusammen, wenn sie in den italienischen Zeitungen lesen mußte, wie schlecht es um Deutschland stehe. Es gränzte sie weit weniger, daß sie nun einsam vom Fenster ihres rosa Hauses hinaus in das wunderbare Blau des Mittelmeeres starrte, als daß sie denken mußte: Deutschland, wie geht es Deutschland?! Die Eltern hatten nicht gefürchtet: „Komm“, sie hörte jetzt überhaupt nichts von ihnen, sie wartete auch gar nicht darauf, sie wartete nicht einmal mehr eine Antwort ihres Mannes ab, sie reiste nach Deutschland. Wie auf der Flucht. Eine plötzliche unbändige Sehnsucht hatte sie ge-trrieben, die Widrigkeiten einer sehr erschweren Reise machten ihr gar nichts aus — nur nach Deutschland!

Sie sah auf ihrem Zimmer — es war noch dasselbe Zimmer mit den weißen Möbeln und den duftigen Mull-gardinen, in dem sie als Mädchen so gern gewohnt hatte — aber jetzt gefiel es ihr nicht mehr. Sie fühlte sich beengt. Wo war das blaue Meer, auf das sie hinausblickte hatte, weit, weit — wo der Garten voller Orangenbüsche? Ah, war das doch schön gewesen! Mit unflinken Augen las sie wieder den Brief ihres Mannes. Er stand nicht weit von Roncegno — das kannte sie. Da war sie mit der Mutter auch einmal gewesen, als es noch österreichisch war. Sie hatte in Ravio das Eisenwasser getrunken. Es war im zeitigen Frühjahr gewesen, oben auf den Bergen Winter, aber unten im Tal unzählige tiefdunkle große Teichen, und die Furen strahlend im Blütenschnee der Obstbäume. Als ob das nun bereits alles wieder Italien gehörte, so schrieb ihr Mann.

Der Leutnant Rossi schrieb nicht, wie man an eine Frau schreibt. So schwer er sich auch von ihr getrennt hatte — unten am Berg war er umgekehrt, war noch einmal durch den Garten zu ihr hinaufgestürzt, hatte sie an der Haustür noch einmal an sich gerissen und noch einmal heiß und lange geküßt — jetzt war er ganz Soldat. Er schilderte ihr seine Stellung, schrieb militärische Einzelheiten, soviel er davon berichten durfte. Western hatten sie einen Vorstoß gemacht im Felsgebiet, eine stark befestigte Stellung des Feindes genommen — fünfzig Gefangene, viele Tote — aber es mußte noch ganz, ganz anders kommen. „Evviva Italia!“ — hatte er damals nicht gerufen, als unten im Hafen die Kriegsschiffe hielten, jubelnd gerufen? Sie hörte ihn jetzt wieder rufen. Aus jeder Zeile dieses Briefes rief es, aus jedem Wort. Für ihn gab es nur das eine, das einzige: Italien und Italiens Sieg.

(Fortf. folgt.)

von Schweizer Seite gemeldet: Da die Unternehmung betreffs der über Kallnach abgeworfenen Bomben ergab, daß es sich um Sprengstücke gleicher Art handelt, wie diejenigen von Pruntrut, Muntzen und Menzikon, wurde die Schweizer Gesandtschaft in Frankreich beauftragt, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, worin nachdrücklich und in aller Form gegen derartige Handlungen protestiert wird und die kategorisch auf vollständige Unterdrückung solcher Verletzungen des Schweizer Gebietes sowie auf Bestrafung der Schuldigen dringt.

Wie die schweizerische Telegraphen-Agentur meldet, wurde der schweizerische Gesandte in Berlin beauftragt, der deutschen Regierung das Bedauern des Bundesrates auszusprechen.

Aufnahme der Wilson-Botschaft im Kongress. Englische Stimmen.

Amsterdam, 9. Januar. Reuters meldet aus Washington: Wilsons Rede machte einen tiefen Eindruck auf die Kammer. Viele Staatsmänner, Diplomaten und andere offiziell: Persönlichkeiten waren anwesend. Man lauschte mit tiefer Aufmerksamkeit seinen Worten, die immer wieder von donnerndem Beifall unterbrochen wurden. Wilsons Erklärungen bezüglich Elsass-Lothringens riefen eine große Kundgebung hervor. Die ganze Versammlung schaute Beifall. Alles in allem genommen, wurde die Rede Wilsons von den Kongressführern mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Vorsitzende des Komitees aus dem Senat für die auswärtigen Beziehungen, Stone, erklärte, mit dem Präsidenten vollkommen einer Meinung zu sein. Andere Senatoren nannten die Rede Wilsons größtes Staatsstück. Der Vorsitzende aus dem Abgeordnetenhaus für die auswärtigen Angelegenheiten, Flood, sagte: „Ich glaube, daß die Rede den Bundesgenossen in Rußland neuen Mut machen wird.“

Das „Handelsblatt“ erfährt aus London: Es war bereits 2 Uhr nachts, als Präsident Wilson seine Rede beendet hatte. Die Telegramme darüber kamen denn auch zu spät an, um den Morgenblättern Gelegenheit zu geben, die Rede zu besprechen. Das „Daily Chronicle“ sagt in seinem Kommentar: Wilson hat wieder einmal die große Gelegenheit ergriffen, um nicht nur dem eigenen Volke, sondern auch der ganzen zivilisierten Welt und sich der Verantwortlichkeit bewußten Menschheit den Weg zu zeigen. Die gute Wirkung, welche die Rede Wilsons in der ganzen Welt hervorrief, muß enorm durch den Appell verstärkt sein, der nun von Washington aus an die Welt gerichtet wird, und in dem der Präsident der Vereinigten Staaten wieder einmal gezeigt hat, welche Autorität er als moralischer Politiker und als Wortführer der demokratischen Zukunft in einer neuen Welt hat. Man wird gemerkt haben, daß Wilson die Erklärungen von Lloyd George bestätigte, doch zugleich auch ein Friedensprogramm in die Welt hinauswarf, welches noch kategorischer und deutlicher ist. Man hat hier anerkennend konstatiert, daß die Rede in der Hauptsache eine Einladung an die Mittelmächte war, nun endlich die Wehrmittel zurückzugeben und ebenso offenerherzig wie die Alliierten es taten, ihre Kriegsziele bekannt zu machen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 8. Januar. Im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer sind kürzlich von unseren U-Booten 5 Dampfer und ein Segler versenkt worden.

Mit Ausnahme eines waren sämtliche Dampfer bewaffnet und fuhren in Geleitzügen. Einem unserer U-Boote gelang es durch jähes Festhalten und geschicktes Manövrieren aus ein und demselben Geleitzug drei schwerbeladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Bernard“ (3682 T.) mit Kohlen nach Gibraltar und Bristol City (2511 T.) mit Stützgut, hauptsächlich Chemikalien, die nach New York bestimmt waren und nach Angabe der Besatzung einen Wert von annähernd 40 Millionen Mark hatten. Der Segler war ein Volksschiff von annähernd 2000 T. Größe. Der Chef des Admiralspates der Marine.

Der Emden-Kommandant ausgetauscht. Rotterdam, 8. Januar. Der erste Transport der deutschen Auslieferungsgangenen aus England auf Grund des Abkommens vom 2. Juli 1917 trifft wahrscheinlich Ende dieser Woche in Holland ein. Unter ihnen wird sich auch der Kommandant des deutschen Kreuzers Emden, Fregattenkapitän Karl v. Müller, befinden.

Der Fall Tromp demontiert. Das Haager Korrespondenzbureau erfährt von durchaus zuverlässiger Seite, daß die Meldung des „Deutschen Courant“ über den Zwischenfall mit dem niederländischen Kriegsschiff Tromp unrichtig ist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ueberseetransport von Kriegsgefangenen. Im niederländischen Küstengebiet fand durch den deutschen und den britischen Gesandten und die Direktionen der Dampfschiffahrtsgesellschaften Rotterdam, London und Zeeland die Ueberlieferung von Kontrahenten betreffend den Ueberseetransport von britischen und deutschen Kriegsgefangenen statt.

Wirtschaftsfragen vor dem Hauptausschuß.

Um anderen wichtigen Ausläufen genügende Zeit zu ihren Arbeiten zu lassen, ist eine Vereinarbeitung dazu getroffen worden, daß diese Ausschüsse vormittags tagen, währenddem der Hauptausschuß seine Sitzungen am Nachmittag abhält.

Bei den am Mittwoch fortgesetzten Beratungen über die künftige Gestaltung der Handelsverhältnisse mit Oesterreich-Ungarn, die wieder streng vertraulich waren, sprachen die Abg. Frick, v. Gump, Graf Schwerin-Köslig, Burm, Gothein, Kossle und Nöcker.

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses findet Freitag nachmittag statt, und zwar gelangen zur Verhandlung die privatrechtlichen Verhältnisse.

Deutschlands „Dompteure“.

Oldenburg knallt auf Sozialdemokraten, Wangenheim auf Diplomaten.

Vor einer weitverbreiteten Bändlerparade haben Oldenburg, Januschau und Frhr. von Wangenheim-Spiegel ihr Herz entladen. Sie forderten mit starken Argumenten, denn sie erklärten kurzerhand, alles totschießen zu wollen, was etwa anderer Ansicht wäre. Auf den Januschauer hat offenbar die Firtus-Busch-Dust der großen Bändlerparaden nachgewirkt, denn er hielt föhlich das deutsche Volk für eine wilde Bestie und sich für den Dompteur, der es mit der Peitsche zähmt. Aber lassen wir die Herren selber reden. Herr von Wangenheim erklärt:

Der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegsschädigung schließt, müßte als Landesverräter niedergeschossen werden. (Stürmischer Beifall.)

Auch Herr v. Oldenburg schießt, aber er sucht sich seine Ziele unter der Arbeiterkassette aus:

Durch Erzberger und Scheidemann wird das Deutsche Reich vor der ganzen Welt zum Narren gemacht. Wenn ich etwas zu sagen hätte, würde ich Erzberger in den Schützengraben schicken und Scheidemann müßte sich im Hülsenlied nützlich machen. Wenn die Sozialdemokraten keine Munition machen wollten, dann würde ich sagen: Wer sein Vaterland in der Not verläßt, ist ein Hundstot. Dann muß man sie zwingen und die Räubersführer an die Wand stellen und totschießen. (Großer Beifall.) Die Regierung muß sein wie ein Dompteur, mal streicheln, mal mit der Peitsche knallen. Wer bloß streichelt, ist aufgemoosen. Was will man unter allgemeiner Volksstimung verstehen? Wer durch Bösen hin und her geritten ist, wird mit Klücker sagen: Vox populi, vox Rudolphi. (Stürmische Beifall.)

Wir sind weit entfernt, diese Oldenburgsdiade tragisch zu nehmen. Denn wo der Dompteur auftritt, da pflegt auch der Clown nicht weit zu sein.

Staatsanwaltschaft gegen Polizeipräsident. Folgen von Neulösn.

Wie wir hören, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft gegen alle im „Vorwärts“ genannte Stellen wegen Höchstpreisüberschreitungen ein Verfahren einzuleiten, also auch gegen das Reg. Polizeipräsident Berlin. Wir nähern uns dem erhabenen Augenblick, in dem der Polizeipräsident, Herr v. Oppen, vom Staatsanwalt in festes Gewahrsam gebracht wird unter den Klängen des schönen Liedes: „Ha-ha-hammer dich emal, emal, emal bei dem gestrichelten Kommiss!“

Aber vielleicht erinnert sich der Polizeipräsident unterwegs des Ausspruchs, daß es keinen Menschen in Berlin gibt, der die Höchstpreise nicht überschritten hat, und dann werden wir das sonderbare Schauspiel erleben, daß Staatsanwalt und Polizeipräsident sich gegenseitig für verhaftet erklären.

Erst gestochen: Das ganze Verfahren gegen die Opfer des Kriegswuchers hat natürlich nur dann einen Zweck, wenn es darauf ausgeht, die Kupnießer zu ermitteln und der Gerechtigkeit zuzuführen. Es ist zugabehen, daß der Wundwurm sehr lang ist, aber wir sehen immer noch nur Glieder und keinen Kopf. Der Kopf ist nicht in den Städten zu finden, sondern ganz wo anders. Hier wird aber nicht nur mit strafrechtlichen Maßnahmen, sondern noch mehr mit organisierten Vorgegangen werden müssen. All dies Unerquickliche erhält seinen rechten Sinn, wenn es endet mit der restlosen Erfassung der Produkte am Orte der Erzeugung!

Gegen verschleierte Annexionen.

Die Bewegung im Lande.

Bielefeld, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorw.“) Für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen sprach sich gestern Abend eine von mehr als 2000 Personen besuchte Volksversammlung aus. Der Redner, Genosse Sebering, fand an jenen Stellen seiner Rede den stärksten Beifall, in denen er sich gegen die Veruche der Regierung und anderer einflußreicher Stellen wandte, die in der Antwortnote an den Vapst gegebenen Richtlinien zu verlassen und verschleierte Annexionspolitik zu treiben.

Nachklänge zur Schlacht am Alexanderplatz.

Alldeutsche Beschönigungsversuche.

Die Enttäuschung, die wir über die Mißhandlung der Kriegsbeschädigten durch die „Vaterlandspartei“ aussprechen, wird von der gesamten Presse geteilt, soweit sie nicht direkt im Solde der Alldeutschen steht. Doch auch von den alldeutschen Blättern finden sich schon einige Zurückzuziehungen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ z. B. sprechen von „höchst bedauerlichen Vorgängen“ und erteilen ihren Genehmigungsgegnern wenigstens eine leise Kügel, daß sie nicht die Zurückweisung der Zwischenrufe dem Vorsitzenden und dem Redner selbst überlassen haben, „wie es richtig gewesen wäre“. Wenn sich dasselbe Blatt zur Entschuldigung des ungläublichen Ausfalls Fuhrmanns auf das Stenogramm beruft, so kann uns dieses nicht maßgebend sein gegenüber dem, was nicht nur wir, sondern auch hundert andere mit eigenen Ohren gehört haben, zumal da das Stenogramm an der entscheidenden Stelle abbricht und nur „großen Tumult“ bemerkt. Andere alldeutsche Blätter macht dagegen ihre grenzenlose Verlogenheit nur noch dreister. Die „Kreuzzeitung“ wendet den alten reaktionären Trick an, den Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer als eine sozialdemokratische Organisation hinzustellen. Doch er das nicht ist, daß er alle freibeitlich geminteten Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zu sammeln sucht, daß gerade auch die von der alldeutschen Presse am heftigsten angegriffenen Personen nicht der Sozialdemokratie angehören; haben wir hier schon dargelegt. Aber im Grunde ist das ganz gleichgültig. Denn auch ein sozialdemokratischer Kriegsbeschädigter bleibt ein Kriegsbeschädigter, der für des ganzen deutschen Volkes Wohlergehen seine Gesundheit und Knochen geopfert hat. Man sollte glauben, daß so etwas nicht mehr ausdrücklich gesagt werden müßte. Aber der „Kreuzzeitung“ muß es gesagt werden, denn sie bemerkt am Schlusse ihrer Darlegungen zynisch:

„Wenn also bei der Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei am Dienstag einer sozialdemokratischen Sprengkolonne das Schicksal eines wohlverdienten Hinauswurfs beschieden wurde, so macht das absolut keinen Unterschied, ob diese Sprengkolonne aus Kriegsberlechten oder nicht bestanden hat.“

Dieselbe, gerade vom „vaterländischen“ Standpunkt aus entzündende Auffassung, daß man einem Kriegsbeschädigten keine Rücksicht mehr schuldig ist, sobald er anderer Ansicht ist als die Vaterlandspartei, vertritt auch die „Deutsche Zeitung“. Sie bemerkt mit dialektischer Feinheit:

„Wenn ferner behauptet wird, die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer seien aus dem Saal gewiesen worden, so ist das eine bewusste Unwahrheit, denn es ist vom Vorstandliche ausdrücklich erklärt worden, daß man lediglich der von den Rubrikörern bewiesenen Gesinnung die Tür weise.“

Also nur die Gesinnung ist hinausgewiesen worden! Wir müssen leider aus eigener Anschauung konstatieren, daß mit der Gesinnung auch die Träger dieser Gesinnung hinausgewiesen und nicht nur hinausgewiesen, sondern hinausgeprügelt und hinausgeschossen worden sind. Das ist ja eben der Skandal bei der Geschichte, daß eine größtenteils aus Heimkriegern bestehende Versammlung den Kriegsbeschädigten nicht einmal soviel Respekt entgegenbrachte, um ihre abweichende Gesinnung in Ruhe zu ertragen. Aber auch nur von der Blamage, die Gesinnung der Kriegsteilnehmer aus dem Saal gewiesen zu haben, kann sich eine „Vaterlandspartei“ nicht mehr erholen.

Bestgestellt werden soll schließlich, daß die gesamte alldeutsche Presse über die von uns, dem „Berliner Tageblatt“, der „Vossischen Zeitung“ und anderen Blättern erwiesenen Fälle der Mißhandlung Kriegsbeschädigter nach wie vor schweigt und immer nur von einem „Hinausweisen“ redet, wo ein Hinausprügeln stattgefunden hat. Auch die Deutsche Vaterlandspartei selbst hat bisher die Sprache noch nicht gefunden.

Armee und Politik.

Mit den Erlassen des Kriegsministers, nach denen die Armee der Politik fern gehalten werden soll, dürfte wohl im Widerpruch stehen folgender Regimentsbefehl, der bei einem im Osten stehenden Feldartillerie-Regiment den Mannschaften zum Abweil verlesen wurde:

Die Offiziere und Mannschaften sind einzig im dem Wunsche nach Frieden mit Rußland, aber die Bedingungen, unter welchen jetzt Frieden geschlossen werden soll, bezeichnen sie als schmachsvoll für Deutschland, sie entsprechen nicht unseren Leistungen und Opfern. Hierher wollen Offiziere und Mannschaften weiter kämpfen gegen England.

Dieser Befehl wurde den Mannschaften als ihre angebliche Meinung verlesen, ob es auch ihre Meinung sei, hat man sie nicht gefragt.

Selbstmörder Protest gegen das „Größere Deutschland“. Unter der Ueberschrift „Furch verdammen, etwas bleibt hängen“, kämpft die „R. A. Z.“ gegen einen Artikel des amerikanischen „Wallstreet-Journal“ vom 5. November. Dieser Artikel hat dem deutschen Kaiser verschiedene Anfechtungen in den Mund gelegt, so auch die vom Triumph des größeren Deutschland“. Die „R. A. Z.“ bezeichnet diese Anfechtung als freche Verleumdung. Noch besser als durch kräftige Worte kann die Regierung derartige Fälschungen durch ihr tatsächliches Verhalten widerlegen.

Eine Konferenz der Finanzminister der deutschen Bundesstaaten tritt nach einer Meldung des „Lokal-Anz.“ in diesen Tagen in Berlin zusammen, um mit dem Reichsfinanzamt finanzielle Fragen zu erörtern. Annehmlich handelt es sich nur um einen informellen Meinungsaustausch.

Mobilmachung der Vaterlandspartei. Die Vaterlandspartei plant große Dinge. In den Kaiser soll ein Depeschenturm losgelassen werden, der Kühnmanns Verfassungen fordert, am 20. d. M. will man in ganz Deutschland Versammlungen abhalten. In einem Rundschreiben werden hierfür genaue Anweisungen gegeben: Die Ortsgruppen solle telegraphisch Besuchsanzahl und die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder melden. Auch wo keine Versammlungen stattfinden, sollen die Ortsgruppen ihre Mitgliederzahl telegraphieren. (Was bereitet sich hier vor?) Man will logar — wie wir schließlich noch erfahren — der besonderen Umstände halber von einer Verprügelung der Kriegsbeschädigten bedingungsweise Abstand nehmen, falls diese am Eingang der Versammlung feierlich geloben, zu allen Reden der Vaterlandspartei nur ja und amen zu sagen.

Letzte Nachrichten.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg.

Berlin, 9. Januar. Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg überschritten am 25. Dezember 1917 die russischen Stellungen auf der Chansee Rowno-Dünaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und fuhren mit Autos nach Dünaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsvolumen in einem Privatgebäude bereitgestellt waren.

Die Waffenstillstands-Kommission Dünaburg ist in ihrem Bereiche, d. h. von der Ostsee bis zur Duna, auf Grund des Punktes 7 des Vertrags in erster Linie für die Bearbeitung aller sich aus dem Vertrage ergebenden militärischen Fragen zuständig. So beriet z. B. die erstmalig am 26. Dezember zusammengetretene Kommission bereits über die Festlegung der durch Punkt 4 des Vertrages vorgesehenen Verkehrsstellen an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiet des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Vorbesprechungen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Konferenzen von Offizieren und Eisenbahnschleuten beider Staaten zwecks beschleunigter Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strecke Wilno-Dünaburg stattfinden.

Wie wir hören, werden die Verhandlungen heiderrsch in entgegenkommender Weise geführt.

Die russischen Behörden in Dünaburg sind föhlich bestrebt, unsere Feldgrauen in Dünaburg vergessen zu machen, daß sie sich in Feindesland befinden.

Waffenstillstand und Truppenbewegungen.

Berlin, 9. Januar. (B. L. Z.) Ein Londoner Telegramm der „Gazette de Lausanne“ vom 8. zitiert einen Funkpruch der russischen Regierung, wonach entgegen den Waffenstillstandsbedingungen die deutschen Mannschaften bis zu 35 Jahren für den Westen herausgezogen würden. Die Truppen hätten die Ueberführung nach der Westfront für eine Einschlachtung erklärt, 25 000 deutsche Soldaten in der Gegend östlich Rowno sich verschanzt und gemortert.

Diese Nachricht, deren Sinnslosigkeit durch das Märchen von den 25 000 Meutereern charakterisiert wird, ist in jedem Punkte erlogen. Die genaue Innehaltung der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen durch die Deutschen ist von den Russen mehrfach anerkannt worden.

Die Militärlpflicht in Amerika.

Amsterdam, 9. Januar. Nach einem hiesigen Blatte wird der „Times“ aus Washington gemeldet, daß der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten das militärische Dienstpflichtgesetz gutgeheißen hat. Der oberste Richter White erklärte, das Gesetz passe in den Rahmen der Verfassung, da der Kongreß die Macht habe, Krieg zu erklären, was von selbst die Macht in sich schließt, die Bürger zum Militärdienst in der Heimat und im Auslande zu zwingen.

Indische Freiheitsbewegung.

Rotterdam, 9. Januar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet aus englischen Blättern, daß am 26. Dezember in Kalkutta ein indischer nationaler Kongreß eröffnet wurde. Es waren 4000 Abgeordnete erschienen und es herrschte große Begeisterung. Mrs. Besant, die den Kongreß eröffnete, verlangte die sofortige Annahme eines Gesetzes durch das englische Parlament, das Indien eine Selbstregierung nach australischem Muster gewährt. Mrs. Besant sagte: Indien liegt nicht länger auf den Knien, um Wohlthaten zu erbitten. Es verlange Rechte, dies sei die Freiheit, für die die Alliierten kämpften, dies sei die Demokratie und der Geist der neuen Zeit.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes.

Verbandsvorstand und Beirat des Bauarbeiterverbandes berufen einen Verbandstag zum 11. März 1918 nach Nürnberg ein. Seit dem letzten Verbandstage sind mancherlei Wandlungen und Entscheidungen zu verzeichnen gewesen, die eine gründliche Ueberprüfung der Verbandsfassungen und Einrichtungen nötig machen. Hinzu kommt noch, daß bei den Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage im November vorigen Jahres vor dem Reichswirtschaftsamt in Berlin der Unternehmerverband die Verlängerung des Tarifvertrages um ein weiteres Jahr (bis 31. März 1919) als Gegenleistung verlangte, für die die Verhandlungsführer des Verbandes die Verantwortung allein nicht tragen, sondern die Entscheidung darüber dem Verbandsvorstand überlassen wollten. Dem hat sich auch der Verbandsbeirat angeschlossen. Mit der Bekanntmachung über die Einberufung des Verbandstages unterbreiten beide Körperschaften den Mitgliedern ein vollständig überarbeitetes Statut. Verwaltungsmethoden, wie im Beitrags- und Unterstützungsweisen, wird eine Reform an Haupt und Gliedern in Vorschlag gebracht. Die Gliederung des Verbandes zu großen Bezirksvereinen, die schon aus tariflichen wie aus wirtschaftlichen Umständen nötig erscheint, soll nach der Vorlage die Regel bilden, und nur ausnahmsweise sollen Ortsvereine dort bestehen, wo sie isoliert und an anderen Orten keine wirtschaftliche Einheit bilden. Das Eintrittsgeld soll nach dem Lebensalter der Eintretenden abgeleitet werden und von 1 M. bis auf 5 M. steigen. Ganz besonders wichtig erscheint die Vorlage des Verbandes in bezug auf das Unterstützungsweisen. Die Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen sollen auf die Dauer von 72 Tagen in jedem einzelnen Fall und für das ganze Jahr hindurch gezahlt werden. Bisher waren die Wintermonate von der Zahlung der Unterstützung ausgeschlossen. Dann sollen die Mitglieder während einer Unterstützungsperiode vom Beitrag befreit sein. Die Unterstützungsätze selbst werden erheblich erhöht. Sie steigen je nach Dauer der Mitgliedschaft und Beitragshöhe: bei der Arbeitslosenunterstützung von 50 Pf. bis zu 3,30 M., bei der Krankenunterstützung von 50 Pf. bis zu 2,20 M. täglich. Wichtig ist noch, daß diese erhöhten Unterstützungsätze ohne weitere Karenzzeit zur Auszahlung gelangen sollen und die in den früheren Verbänden zurückgelegte Mitgliedschaft bis zum Jahre 1905 angerechnet werden soll, so daß ein sehr erheblicher Teil der Mitglieder sofort in die höchste Unterstützungsstufe gelangt. Auch die Unterstützung in Sterbefällen ist erhöht. Sie steigt von 20 M. bis zu 132 M. Wie die Entwertung des Geldes bei der Normierung dieser Sätze in Betracht gezogen worden ist, so ist dies auch bei der Streikunterstützung geschehen. Die täglichen Sätze, die im ersten Jahre der Mitgliedschaft in der untersten Beitragsstufe mit 1,70 M. beginnen und in der höchsten Beitragsstufe mit 3,50 M. enden, steigen in Abständen von 3 zu 3 Jahren nach mehr als zehnjähriger Mitgliedschaft auf 3 M. in der untersten Beitragsstufe und auf 5 M. täglich in der obersten. Für jugendliche und ältere vorübergehend erwerbsunfähige Mitglieder sind in allen Klassen Nebensubventionen eingerichtet. Diese erhebliche Mehrbelastung will der Verband durchführen bei einem Beitrag, der, nach Stundenlöhnen und auf 52 Wochen im Jahre verteilt, wie folgt bemessen wird: Bis zu 50 Pf. Stundenlöhne: 50 Pf. Hauptkostenbeiträge, von 51 bis 60 Pf.: 60 Pf., von 61 bis 70 Pf.: 70 Pf., von 71 bis 80 Pf.: 80 Pf., von 81 bis 90 Pf.: 90 Pf., von 91 bis 100 Pf.: 100 Pf., über 100 Pf.: 110 Pf.

Dabei wird zur Grundlage für die Berechnung des Beitragsjahres eine Erhöhung um 20 Pf. in Vorschlag gebracht auf diejenige Beitragshöhe, wie sie für den im Jahre 1913 geltenden Tariflohn normiert worden sind.

In dem „Grundstein“ hat bereits eine lebhafteste Diskussion eingeleitet über die bisher in großen Umrissen den Mitgliedern bekanntgegebenen Vorschläge. Hauptsächlich finden diese sorgsam abgewogenen Leistungen und Gegenleistungen den Beifall der Mitglieder und die Anerkennung des Verbandstages.

Achtung! Rohzieger und Helfer! Auf diese Anträge teilen wir mit, daß gemäß Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband vom 1. Januar ab jeder Rohzieger und Helfer 12 Pf. Zulage pro Stunde zu erhalten hat.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Ein Protest aus den städtischen Irrenanstalten.

Eine stark besuchte Protestversammlung der in den städtischen Irrenanstalten Berlin beschäftigten Arbeiter, Handwerker und Angestellten tagte am 8. Januar d. J. im Berliner Gewerkschaftshaus. Der geräumige Saal konnte nicht die Menge der Teilnehmer fassen, die Kopf an Kopf gedrängt stand. Hr. Friedrich vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter berichtete über die Zustände in den Berliner städtischen Irrenanstalten und über die Zurücksetzung der dort Beschäftigten bei der Bewährung von Lohn- und Teuerungszulagen. Die Lebensmittelnot, unter der die Gesamtheit der städtischen Bevölkerung zu leiden hat, wird in den städtischen Anstalten noch dadurch vergrößert, daß das Personal nicht einmal die Rationen erhält, auf die es auf Grund der Lebensmittelkarten Anspruch hat. Während Personal und Kranke, sofern es ihnen nicht möglich ist, sich auf eigene Kosten Nahrungsmittel zu beschaffen, fast dauernd vom Hunger gequält sind, wurde an Hand einiger Speisezetteln aus den Anstalten Dallwitz und Herzberge festgestellt, daß die Teilnehmer des ersten und zweiten Litäres, die Ärzte und das Oberpflegepersonal, bis heute noch keinen Mangel kennen gelernt haben. Hier gibt es noch in hundert Abwechslung: Schokoladen, Heferollen und Gebäckwaren; Fisch, Fleisch und Sülzener; Pilzsuppen, Nimmerries, Apfelsinen usw. Von der Einheitskuche, für die man theoretisch im Magistrat einzutritt, ist hier noch keine Spur zu entdecken! Neben der Nahrungsmittelnot macht sich nun in den Anstalten noch in mancherlei Weise der Kohlenmangel bemerkbar. Aus der Anstalt Dallwitz wurde berichtet, daß die Anstalt im Dezember acht Tage lang, und zwar gerade während der Weihnachtsfeierzeit, wegen Mangel an Kohlen nicht geheizt werden konnte! — So unzureichend wie die Versorgung und die Heizung sind auch die Löhne des Personals und der Arbeiterkassen. Den Hauptverlust und Heizer ist vor kurzem eine Lohnzulage von 12 M. pro Monat (1) zugesagt worden. Sie besteht jetzt ausschließlich der ihnen während des Krieges gewährten Lohn- und Teuerungszulagen einen Monatslohn von 180 bis 220 Mark, wozu bei den Verheirateten noch eine Ankerzulage von 7,50 M. für jedes Kind kommt! Die Gutssarbeiter müssen sich sogar mit Monatslöhnen von 174 bis 177 Mark begnügen. Naturalzulagen haben dieselben nicht. Wirtschaftlich am schlechtesten gestellt sind jedoch die Pfleger, von denen ein großer Prozentsatz verheiratet ist. Das Durchschnittseinkommen des verheirateten Pflegers mit zwei Kindern beträgt zurzeit 182 Mark pro Monat, wozu für ihn selbst noch die Ankerzulage kommt! Wohl sind in letzter Zeit vom Magistrat und den Stadtverordneten mit Rücksicht auf die Not der Besonderen und Besonderen einmalige und laufende

Teuerungszulagen bewilligt worden, aber gegen die wirtschaftliche Not dieser niedrigst bezahlten Gruppen von städtischen Arbeitern und Angestellten ist bisher noch nichts getan worden. Hat doch die Deputation für die städtische Irrenpflege erst im Dezember auf die Anträge des Personals und der Arbeiterkassen erklärt, daß sie leider nicht in der Lage ist, schon wieder mit neuen Vorschlägen an den Magistrat heranzutreten und anberufungsfähig, die Anträge nicht weiter zu verfolgen! Die Antwort auf dieses Ansuchen der Deputation war der einstimmige Protest der Beschäftigten, der in der nachstehenden einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck kam:

„Das am 8. Januar 1918 im Gewerkschaftshaus zu Berlin verammelte Betriebs-, Guts-, Haus- und Pflegepersonal der städtischen Irrenpflegeanstalten Puch, Dallwitz, Herzberge und Wuhlarten erhebt einstimmig Protest gegen die in den städtischen Anstalten zurzeit herrschenden Zustände sowie gegen die Ablehnung seiner Lohnanträge.

Das in Kost und Logis stehende Personal sieht sich durch den in den Anstalten herrschenden Mangel an Rohmaterialien und Heizung und die dadurch steigende Erregung unter den Patienten, in seiner Gesundheit und Arbeitsfähigkeit ernstlich bedroht. Es erwartet, daß durch das sofortige Eingreifen des Magistrats entweder der Kost- und Logiswahn durch entsprechende Lohnerhöhung abgeleitet wird, oder aber durch Einführung der Einheitskuche in den Anstalten für eine auch unter den jetzigen Verhältnissen mögliche ausreichende Ernährung des Personals und der Kranken Sorge getragen wird.

Die Verammelten erklären die ihnen während des Krieges gewährten Lohnzulagen für völlig unzureichend. Sie stellen fest, daß selbst die verheirateten Handwerker in den Irrenpflegeanstalten mit ihrem Einkommen hinter dem der ledigen ungelerten Arbeiterinnen in den städtischen Gaswerken zurückstehen. Sie nehmen mit Bedauern Kenntnis davon, daß die von den Arbeiterausschüssen und der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in ihrem Auftrage im Oktober resp. November gestellten Anträge auf Lohnerhöhung von der Deputation für die städtische Irrenpflege ohne jede Berücksichtigung der tatsächlichen Notlage der Beschäftigten und ihrer Familien abgelehnt und dem Magistrat überhaupt nicht unterbreitet wurden.

Die Verammelten beauftragt die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, diese Anträge und die heutige Entschließung nunmehr dem Magistrat direkt zuzustellen und erwartet davon die unverzügliche Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche.

In der Ueberszeugung, daß nur durch den einstimmigen organisatorischen Zusammenschluß mit der Gesamtheit der städtischen Arbeiter eine dauernde Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht werden kann, verpflichten sich die Verammelten, für die Ausbreitung des Organisationsgedankens und für den Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter unermüdetlich in den Anstalten wirken zu wollen.“

Eisenbahnerstreik in Argentinien.

Buenos Aires, 8. Januar. (Havasmeldung.) Die Eisenbahnangestellten der Südlinie haben beschlossen, in 48 Stunden in den Ausstand zu treten.

Parteinachrichten.

Keine Kandidatur Dr. Breitschelds.

Nach einer Lokalkorrespondenz bestätigt sich nicht die Meldung, daß an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Stadthagen von den Unabhängigen Sozialdemokraten der Schriftsteller Dr. Rudolf Breitscheld als Kandidat für die Erloswahl aufgestellt worden sei. Die Unabhängigen haben zu der Kandidatenfrage noch gar nicht Stellung genommen. Erst eine demnächst einuberufende Generalversammlung des Wahlvereins Niederbarnim wird sich mit der Aufstellung des Kandidaten beschäftigen.

Der Wehring naheliegende Stuttgarter „Sozialdemokrat“ hat aber die Kandidatur Breitschelds totzuschlagen versucht, ehe sie bestand. Wahrhaftig, kein Zeugnis herzlicher Brüderlichkeit und einigen Sinnes!

Wehring, Kautsky und die anderen Unabhängigen.

Wehring ist zwar von den Unabhängigen kandidiert und auch in den Landtag gewählt worden. Das hindert ihn aber nicht, gelegentlich ein offenes Wort mit ihnen zu reden. So schreibt er ihnen jetzt wieder im „Stuttgarter Sozialdemokrat“ ins Stammbuch:

Wenn jetzt die Unabhängigen mit ihren Vorgehens, ganz im parlamentarischen Trübennis, an der Politik der Volkswelt einsetzen, so muß man gestehen, daß längst nicht alle frei sind, die ihrer Ketten spotten.

Auch scheinen die alten Eiferstärkerlein zwischen Kautsky und Wehring lustig weiter zu gedeihen und zu blühen. Denn auch die „Korrespondenz für sozialdemokratische Auslandspolitik“ bekommt einen solchen Bisher ob:

Der — gelinde gesagt — unzeitige Kampf, den ein Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, die von Rud. Breitscheld herausgegebene Korrespondenz für sozialdemokratische Auslandspolitik, die unter der Autorität R. Kautskys und ähnlicher Parteigrößen erscheint, gegen die Politik der Volkswelt eröffnet hat, kennzeichnet so recht die philisterhafte Gesinnung, die im Laufe der Jahrzehnte der deutschen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergegangen ist und wie wir fürchten, ihr erst durch bittere und lange Prüfungen wieder ausgepakt werden kann.

Offenbar gilt der Vorwurf der philisterhaften Gesinnung der Sozialdemokratie, die unter dem geistigen Einfluß Karl Kautskys steht.

Die Unabhängigen und die Volkswelt.

Die Organisation der Unabhängigen in Chemnitz hat einen Protest an ihren Parteivorstand geschickt, weil die „Leipziger Volkszeitung“ die Art antritt, wie die Volkswelt die Diktatur des Proletariats ausüben. Die Chemnitzer Unabhängigen finden, daß durch diese Haltung der „L. V.“ das russische Proletariat betrübt und das deutsche verwirrt wird, so daß es dem Beispiel der Volkswelt nicht mehr zu folgen vermöge.

Zurückgewiesene-Kandidatur der Unabhängigen.

Auf die Bemerkung Ledebours im Reichstage, daß die Volkswelt in Rußland etwa dasselbe tue, wie die Unabhängigen in Deutschland, antwortete die linksradikale Bremer „Arbeiterpolitik“, Herr Ledebour möchte gar zu gern vom Strahlentanz der russischen Revolution ein Plimmchen für die armeneligen Unabhängigen erhalten; in Wahrheit hätten aber er und Adolf Hoffmann die wirklichen deutschen Freunde der Volkswelt mehrfach öffentlich denunciiert, und sich zum Kampf gegen sie nicht nur hinter den sozialdemokratischen Parteivorstand, sondern auch hinter den Staatsanwalt gestellt. Als Denunziator der Volkswelt in Deutschland seien Ledebour und Hoffmann unfehlbare Organe der Kriminalpolizei und der Generalkommandos geworden. Nicht allein Trotzki, Lenin und Jemowjew würden deshalb mit tiefer Verachtung von der Partei, sondern auch Rosa Luxemburg und Franz Mehring hätten an ihrer wissenschaftlichen Reue Karl Kautsky kein gutes Haar gelassen. Kurz jede Stunde Volksweltlicher Arbeit überdeckt den ganzen unabhängigen Kämpferfeld mit Schimpf und Schande. „Die Unabhängigen sind alt und schwach, die Genilität glöht ihnen aus allen Poren.“

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Graphit-, Kupfer- und Messingwerke legen ihre Ausdehnungsbestrebungen kräftig dar.

Nachdem sie vor einigen Monaten die Aktienmajorität der Erken bayerischen Graphitbergbau A. G. in Untergrünbach erworben haben, die allerdings nur sehr geringe Geschäftserfolge aufzuweisen hat, haben die Graphit-, Kupfer- und Messingwerke zur weiteren Stärkung ihrer Position im bayerischen Graphitbergbau nunmehr einen 1/2 Mill. M. betragenden Posten Aktien der Graphitwerke Kropfmühl A. G. in München zu ungefähr 150 Proz. gegen bar erworben und sind mit zwei Vertrauensmännern, nämlich Herrn Sigmund Fraenkel in München und Sigmund Hirsch in Berlin in den Aufsichtsrat der Graphitwerke Kropfmühl A. G. eingetreten. Diese Gesellschaft hat infolge des Kriegsbedarfs nach Schmelztiegeln eine sehr rasche Entwicklung genommen. Mit ihrer Beteiligung an der Graphitwerke Kropfmühl A. G. verfolgen die Graphit-, Kupfer- und Messingwerke, die in Oberwalde bereits eine Schmelztiegelwerkfabrik betreiben, noch einen weitergehenden Plan. Es ist die Gründung einer bayerischen Schmelztiegelwerkfabrik in der Nähe der Förderungsstätte des zur Schmelztiegelwerkfabrik infolge seiner vorwiegend blätterigen Beschaffenheit besonders geeigneten Passauer Graphits beabsichtigt, worüber zurzeit noch Verhandlungen im Gange sind.

Es herrscht jetzt ein wadroses Gründungsfeber in Berlin. Fast kein Tag, an dem nicht eine Neugründung oder eine Kapitalerhöhung einer bestehenden Werk gemeldet würde. So wird die Selsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft und ein unter Führung des Hauses Bleichröder stehendes Konsortium je eine Werk errichten. Andere Gesellschaften beabsichtigen den Werkbetrieb zu ihrer bisherigen Tätigkeit hinzuzunehmen. So z. B. die Flender Brückenbau A. G. und die Oreslein u. Koppel A. G. Die Selsenkirchner Maschinenbau A. G., deren Aktien sich im Besitz der Dresdner u. Koppel A. G. befinden, hat bei Lübeck ein größeres Terrain erworben, auf dem die Errichtung eines Werks unternehmens geplant ist. Es sollen Waggonfabrik, Handelschiffe mittlerer und kleinerer Größen hergestellt sowie Reparaturen ausgeführt werden. Da die Gesellschaft bisher hauptsächlich Waggon herstellte, schafft sie sich durch den Bau von Schiffen für die Aufnahme von Waggonmaschinen eine Ergänzung ihrer bisherigen Produktion. Die Aufwendungen für die Errichtung der Werk können aus den flüssigen Mitteln der Lübecker Gesellschaft bestritten werden.

Die Norddeutschen Kadelwerke A. G. in Neudörfen weisen nach Abschreibungen von 224 787 M. einen Reingewinn einschließlich des Vortrages von 12 000 M. von 373 785 M. aus. Hieraus wird eine Dividende von 12 Proz. auf 1 500 000 M. und von 6 Proz. auf 500 000 M. neue Aktien verteilt. Das Warenlager hatte fast die doppelte Werthhöhe des Vorjahres erreicht. Es ist dies auf den erhöhten Umsatz und auf die gesteigerten Rohmaterialpreise zurückzuführen. Die Gesellschaft geht mit einem erheblichen Bestand an Aufträgen in das neue Geschäftsjahr hinein. In der Bilanz erscheinen u. a. das Warenlager mit 894 500 M., Wertpapiere mit 78 265 M., Bankguthaben und ausstehende Forderungen mit 1 897 119 M., Kreditoren mit 1 128 645 M. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde neben zwei anderen Herren Stadtrat Dr. Mann-Kaulßen.

Der Aufsichtsrat der Bank des Berliner Kassenvereins beschloß eine Dividende von 6 1/2 Proz. (i. S. 5 1/2 Proz.) vorzuschlagen.

Adler-Werke Kleyer — ein Musterbeispiel.

Die Aktiengesellschaft Adler-Werke vorm. Heinrich Kleyer hatte beabsichtigt, angeblichen Kapitalbedarf durch Ausgabe von Aktien zum Nennwert zu befriedigen. Durch eine solche Aktienausgabe, wie sie auch von den Daimler-Werken beliebt wurde, wird den alten Aktionären das Recht auf den sehr billigen Bezug einer Aktie eingeräumt, die sich über kurz oder lang ebenso gut verzinst wie die alten Aktien. Ein solches wertvolles Bezugsrecht trägt sich natürlich auch im Kurs aus und so haben auch die Aktien der Adler-Werke vorm. Kleyer eine sehr erhebliche Kurserhöhung zu verzeichnen gehabt. Die Regierung ist diesen Freiheiten nun dadurch entgegengetreten, daß sie die Erhöhung des Aktienkapitals konzeptionspflichtig gemacht hat. Sie weigert sich, den Adler-Werken Kleyer die Genehmigung der Kapitalerhöhung zu geben, wenn diese nicht ihren Kapitalbedarf dadurch decken, daß sie weniger Aktien, aber diese mit einem entsprechend hohen Aufgelde ausgeben. Zwar muß das Aufgeld nach dem G. G. B. in den Reservefonds eingestrichelt werden, aber einmal kann der Reservefonds verbrennt mitarbeiten und überdies können die Bankkautschon für Betriebsaufwendungen herangezogen und mit dem Aufgeld wieder aufgefällt werden. Den Wert der Regierungspraxis wird man vor allem in einer Dämpfung der Spekulation sehen und darin, daß der Verwässerung des Kapitals und der künstlichen Herabdrückung der Dividende zum Schaden des Proletariats Schranken auferlegt werden. Doch ist es wünschenswert, daß eine einheitliche Praxis Platz greift. Das Verbot der Aktienausgabe bei den Adler-Werken kontrastiert einigermaßen damit, daß gegen die unverkündete Kapitalverwässerung bei Daimler kein Einspruch erhoben wurde.

Die Gestaltung der Pelzpreise.

Ueber die Gestaltung der Pelzpreise in der letzten Zeit unter Einfluß der Friedensverhandlungen mit Rußland ist eine sehr lebhafteste Diskussion entbrannt. Die Pelzhändler wollen es absolut nicht wahr haben, daß die Preise zurückgegangen sind, weil sie davon eine weitere Schwächung der Kaufkraft des Publikums fürchten. Die „Neue Weltwaren-Zeitung“ bekennt aber im Grunde nur, daß die Preise der ausländischen Felle zurückgegangen sind. Sie gibt zu, daß die inländischen Preise, die auch für inländische Felle gekauft wurden, kräftig gestiegen sind. Früher wurden für rote Landfelle 100—120 M. gefordert, jetzt wird ein solches Fell mit 80—90 M. gehandelt. Ganz interessant sind die Angaben über die Preisbewegung gerade von Fuchsfellen: Früher erzielten die Adler 8—8 M., 1915 10 M., im Vorjahre 30 M. Wenn jetzt also 60 M. bezahlt werden, ist das noch ein sehr guter Preis, der den Preisen vom August 1917 entspricht.

Der Außenhandel der Türkei. Im Gegensatz zu Deutschland und Oesterreich veröffentlicht die Türkei die Außenhandelszahlen für das zweite Halbjahr des Finanzjahres 1917/18. Einfuhr aus Auslandigen Waren im Werte von 8 515 978, Deutschland 61 583 470, Holland 1 016 234, Oesterreich-Ungarn 95 519 261, Brasilien 1 864 493, Rumänien 42 981 290, Schweiz 8 678 829, insgesamt 221 038 040 Pfster. Wie aus dem Vergleichenden ersichtlich ist, nimmt Oesterreich-Ungarn in bezug auf die Einfuhr nach der Türkei die erste Stelle ein. Die Ausfuhr betrug nach Balkanischen Waren im Werte von 15 599 492, Deutschland 247 579 889, Holland 6723, Oesterreich-Ungarn 78 486 838, insgesamt 345 685 813 Pfster. In bezug auf die Ausfuhr aus der Türkei steht Deutschland an der ersten Stelle.

Berichtswelt für Politik: Erich Kautsky, Berlin: für den übrigen Teil des Staates: Walter Gieseler, Neudörfen: für Inletate: Dr. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Socobris Buchverlag, Berlin, Verlagsanstalt Paul Siegel & Co., Berlin SW.

Heute 1. Beilage zum Unterhaltungsblatt.